

WIFO

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

 **VORTRÄGE • LECTURES**

Die Zukunft Österreichs in Europa

Karl Aiginger

Die Zukunft Österreichs in Europa

Karl Aiginger

Vortrag im Rahmen der Ausstellung "Das neue Österreich",
im Marmorsaal des Oberen Belvedere, Wien,
24. Oktober 2005

WIFO-Vorträge, Nr. 96

Karl Aiginger

Die Zukunft Österreichs in Europa

1. Der Erfolg und seine Elemente	1
2. Aufholen, Überholen, Führen	1
3. Der kritische Punkt: alte Stärken werden brüchig, neue noch nicht entwickelt	4
4. Das Bündel an Herausforderungen	7
5. Krise Europas und Modelldiskussion	11
6. Lernen von anderen: Erfolgreiche Länder fahren eine dreipolige Strategie	15
7. Skizze eines reformierten europäischen Wohlfahrtsstaates	16
8. Eine Wachstumsstrategie für Österreich ist möglich und nötig	18
9. Einige Reformansätze im Detail	20
10. Zwischen skandinavischem Vorbild und deutscher Reformblockade	26
11. Zusammenfassung	27
Literatur	33

Karl Aiginger

Die Zukunft Österreichs in Europa*

1. Der Erfolg und seine Elemente

Der Erfolg: Österreichs Aufholprozess/Überholen/Spitzenfeld

Österreich ist eines der wenigen Erfolgsmodelle, das nicht nur einen erheblichen Rückstand im Pro-Kopf-Einkommen aufgeholt hat, sondern dem es auch gelungen ist, nach dem Aufholprozess einen Vorsprung zu erarbeiten. Es ist jetzt auf dem Punkt, entweder eine langsame Erosion des Vorsprungs zuzulassen (der Tendenz zur Konvergenz entsprechend) oder zu versuchen, den Vorsprung zumindest zu halten und im Vergleich zu anderen westlichen Industriestaaten noch auszubauen.¹ Wir beleuchten einige Faktoren, die zum Erfolg Österreichs beigetragen haben (Abschnitt 2) und dann, warum die bisherigen Stärken Österreichs nicht genug sein werden, den Vorsprung zu erhalten (Abschnitt 3). Österreich, aber auch ganz Europa steht einem Bündel neuer, schwerwiegender Herausforderungen gegenüber (Abschnitt 4). Der Rückfall in der Wachstumsdynamik Europas – absolut und relativ – zu den USA und gegenüber Asien hat die Diskussion losgetreten, ob das europäische sozio-ökonomische Modell geeignet ist, unter der Bedingung der Globalisierung zu bestehen (Abschnitt 5). Die Erfolge der skandinavischen Länder geben Hoffnung, zeigen aber auch den Veränderungsbedarf auf, der notwendig ist, damit ein Wohlfahrtsstaat konkurrenzfähig bleiben kann (Abschnitt 6). Die Stärken Österreichs und seine Optionen werden im Abschnitt 7 analysiert. Das Problem des dramatisch steigenden Arbeitsangebotes und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die Notwendigkeit einer Wachstumsstrategie unterstreichen (Abschnitt 8). Abschnitt 9 berichtet einen Reformansatz im Detail. Abschnitt 10 diskutiert, ob der Reformbedarf in Österreich genügend zur Kenntnis genommen wird und Abschnitt 11 fasst zusammen.

2. Aufholen, Überholen, Führen

Der Rückstand Österreichs gegenüber (West-) Deutschland im BIP pro Kopf (preis- und kaufkraftbereinigt) betrug 1960 über 20%. Dänemark, Niederlande, Schweden, Großbritannien hatten einen noch größeren Vorsprung, nur die südlichen Länder Europas und Irland lagen hinter Österreich. Heute ist das Westdeutsche Niveau erreicht, wahrscheinlich (um rund 3%) überschritten. Gegenüber dem heutigen „Gesamtdeutschland“ erreicht

* Der Autor dankt Dagmar Guttman für die wissenschaftliche Assistenz und Thomas Leoni und Sandra Steindl für Kritik und Anregungen.

¹ Ein Halten des Vorsprungs gegen Erweiterungsländer oder Entwicklungsländer mit niedrigen Einkommen ist weder möglich noch langfristig erstrebenswert. Der Aufholprozess von Ländern mit niedrigen Einkommen ist erwünscht (aus sozialen und ökonomischen Gründen).

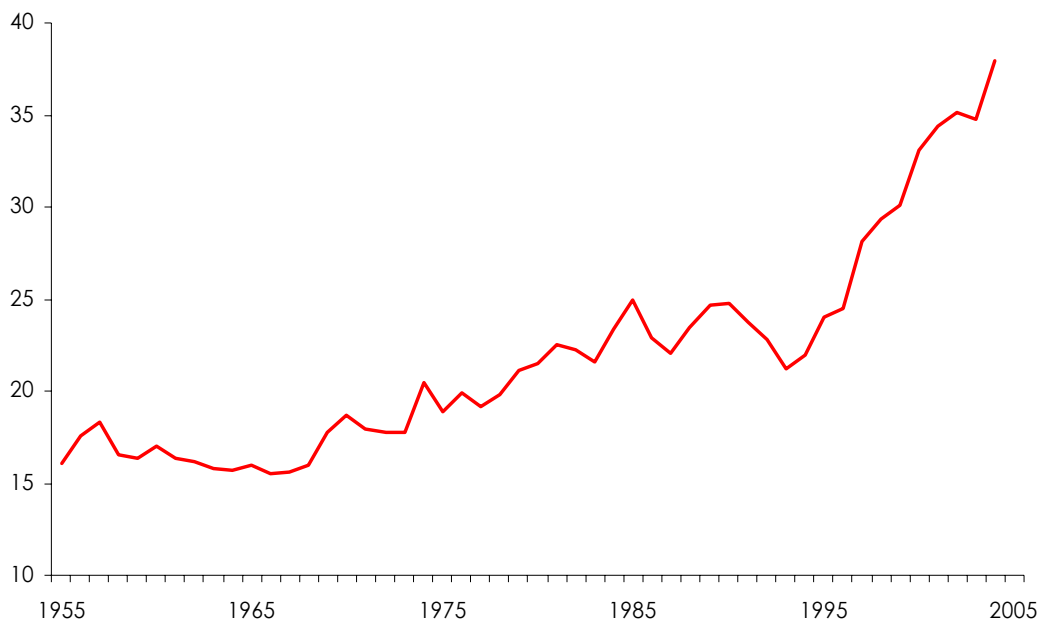
Österreich einen Vorsprung im Pro-Kopf-Einkommen von über 10 % (12 % bis 14 %)². Auch nach anderen Leistungsindikatoren (Beschäftigung, Budget) liegt Österreich günstiger als Deutschland, sodass der Vorsprung in einem breiter gefassten „Wirtschaftserfolg“ größer ist als nach dem engeren Wachstumsvergleich. Auch liegt die Wachstumsrate Österreichs seit zehn Jahren zwischen einem halben und ganzen Prozent höher als Deutschland, sodass sich der Vorsprung Österreichs kontinuierlich vergrößert.³ Gegenüber Europa (definiert als EU 15) liegt das Pro-Kopf-Einkommen Österreichs um 10 % höher, es ist um 20 % höher als in der EU 25. Gegenüber den USA besteht ein Rückstand im Pro-Kopf-Einkommen von über 20 %.

Wie kam es zu diesem Aufholprozess mit der anschließenden Erarbeitung eines Vorsprungs? Drei Elemente sollen herausgestrichen werden ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu garantieren:

Element 1: Öffnung mit Augenmass und Augenzwinkern

Österreich hat immer die Öffnungsstrategie gewählt und Abschottungsstrategien verworfen. Der Außenhandel wurde früh liberalisiert, das Mitwirken in der OECD und im europäischen Integrationsprozess wurde aktiv angepeilt, die Kontakte zu den ehemaligen Ostländern wurden pragmatisch, oft auch heimlich forciert, Auslandskapital war immer willkommen.

Abbildung 1: Exportquote Österreichs



Q: WIFO-Berechnungen.

² Laut EU-Statistik sind es 14 % (New Cronos), nach der Datenbank des Groningen Growth & Development Centre waren es 2004 11,3 % (Schätzung 2005 12 %).

³ Dabei ist zu berücksichtigen, dass Deutschland die Kosten der deutschen Einheit trägt, während die Erweiterungsländer ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber Österreich durch Abwertung, größere Lohndifferenz oder niedrigere Unternehmenssteuern – und damit die Budgetbelastung für Österreich – erreichen können.

Die Grenzen der Möglichkeiten wurden akzeptiert: der späte EU-Beitritt wurde auch als erweiterter Spielraum für österreichische Politik genutzt. Die nationale verstaatlichte Industrie im Besonderen und die Industrie im Allgemeinen wurden mit billigen Krediten und teilweise auch durch hohe Subventionen gefördert. Die Sozialpartnerschaft hat Löhne parallel zur Produktivität verhandelt und Preissprünge verringert. Die Politik verfolgte innovative Doppelstrategien wie z.B. Lohnzurückhaltung plus Hartwährungspolitik oder Budgetsanierung plus Exportoffensive. Die Warenexportquote, die in den sechziger Jahren bei 16 % gelegen ist, liegt heute bei 38 %; gerade hat die EU für Österreich die höchsten Exportsteigerungen seit 2000 festgestellt (vgl. Abbildung 1). Inklusive Dienstleistungen wurde 2005 mehr als die Hälfte des BIP exportiert. Lange dominierte der Nachbarschaftsexport.⁴ Erst in den neunziger Jahren begann die Globalisierung Österreichs. Der Export in die Erweiterungsländer (die „nahe“ Globalisierung) steigt von 3 % im Jahr 1990 auf 13 %. Der Anteil der „restlichen“ Welt (die „weite“ Globalisierung) steigt seit 1992 von 24 % auf 31 %. Und es ist kennzeichnend, dass heute gerade die Produktionsteilung mit den neuen Nachbarländern es ermöglicht, den Radius der österreichischen Exporte bis nach den USA auszuweiten: Kombiprodukte sind billiger und vertragen größere Transportkosten – bei gegebener, hoher Qualität.

Element 2: Sozialpartnerschaft, Flexibilität und ein Hauch Insiderschutz

Die Sicherheit der Unternehmer, Gewinne zu erwirtschaften und starke Ausschläge zu vermeiden, und die Sicherheit der Arbeitsplätze erhöhten die Bereitschaft für neue Techniken, Produkte, Märkte und in Höherqualifikation zu investieren. In einem Klima der Sicherheit, des Vertrauens, der Kooperation gibt es immer pragmatische Lösungen, die für Außenseiter unverständlich und vielleicht auch angreifbar scheinen. Gibt es Streiks, so setzen sich die Arbeitnehmer und Unternehmer auf Betriebsebene zusammen um zu besprechen, wie diese ohne Produktionsausfall ablaufen könnten. Flexibilität der Arbeitszeit erfolgt abseits von - um nicht zu sagen im Widerspruch zu - bestehenden Gesetzen. Nachteil dieser Problemlösung mit Augenzwinkern ist oft ein eingeschränkter Wettbewerb und das Festhalten an alten Strukturen. Die Probleme z.B. der österreichischen Nahrungsmittelindustrie lösten sich erst, als die österreichische „Marktordnung“ verboten wurde; die Banken erwachten erst, nachdem ausländische Banken auf den österreichischen Markt drängten; die Stromwirtschaft muss so lange einer österreichischen Lösung nachzulaufen, bis die Marktchancen in Europa verspielt sind.

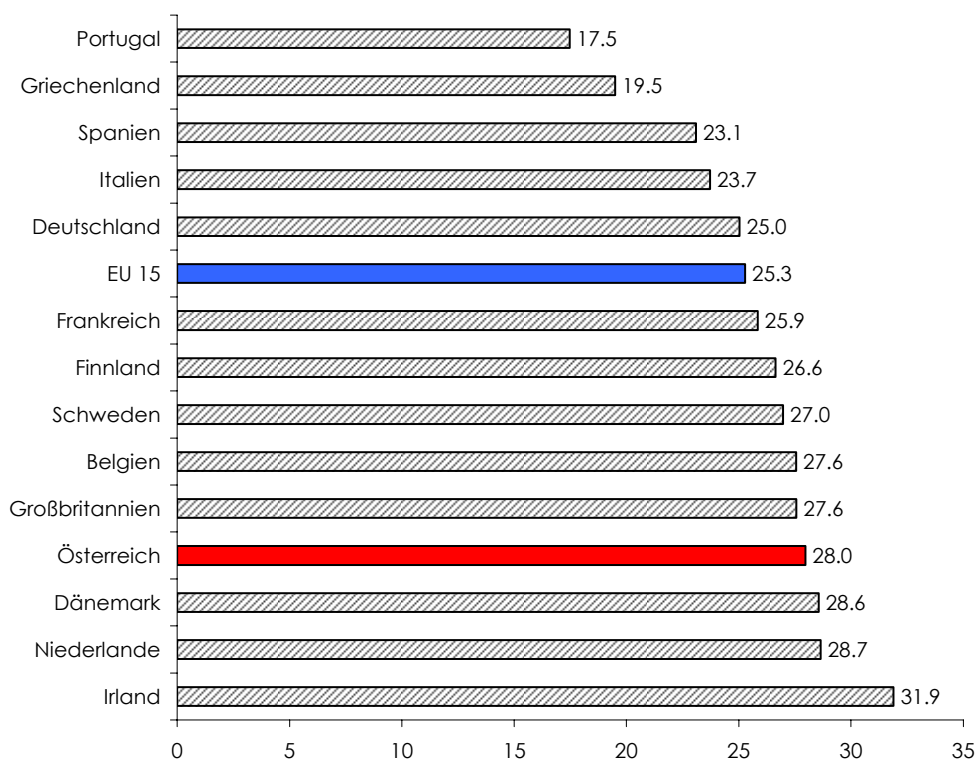
Element 3: hohe Investitionsquote und Technologieimport

Österreich war immer ein Land mit einem hohen Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt, besonders der Anteil der Bauten ist überdurchschnittlich. Die innerösterreichische Infrastruktur ist gut ausgebaut, die Versorgung mit Energie über Jahrzehnte problemlos. Firmen hatten immer billiges Geld für maschinelle Investitionen (durch

⁴ 1960 gingen 40 % der Exporte in zwei Nachbarländer (noch genauer nach Norditalien und Süddeutschland), dieser Anteil stieg bis Anfang der neunziger Jahre auf 49 % (durch die Hartwährungspolitik waren Exporte in ein anderes Hartwährungsland leichter als in Länder, für die der Schilling teurer wurde); innerhalb der letzten zehn Jahre ist der Anteil der Exporte nach Deutschland und Italien dann wieder um 8 Punkte auf 41 % gefallen. Der Anteil der anderen alten EU-Staaten wächst nicht (er liegt heute mit 18 % etwas niedriger als 1990 und deutlich niedriger als 1970).

steuerliche Maßnahmen und/oder billige Fremdfinanzierung). Ausländische Firmen haben in Österreich investiert, weil die Lohnkosten niedriger und die Ausbildung der Fachkräfte anerkannt war. Eine negative Bilanz der Direktinvestitionen war die Folge, ebenso wie ein hoher Import von Investitionsgütern und ein relativ niedriger Unit Value der Exporte. Heute sind alle drei Defizite - Defizit der Handels-, der Direktinvestitions- und der Qualitätsbilanz - beseitigt. Das als nationales Charakteristikum geglaubte Handelsbilanzdefizit ist geschmolzen, die Exporte sind nun höherwertiger als die Importe (wie es sich für ein reiches Land gehört), Österreich ist ein Großinvestor in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: die Direktinvestitionsbilanz ist ausgeglichen. Die steuerlichen Abschreibungen sind größtenteils eliminiert, die Förderung von neuen Betriebsstandorten ist an die Grenzen der Regionalkulisse gebunden und Energie ist nicht mehr billiger als in anderen zentralen Standorten.

Abbildung 2: BIP pro Kopf in der EU 15; 2005



Q: Eurostat (AMECO).

3. Der kritische Punkt: alte Stärken werden brüchig, neue noch nicht entwickelt

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ist heute für den Großteil der industriellen Produktion gegeben. Neben den strukturellen Veränderungen, der Bildung erfolgreicher Cluster (z.B. der Autocluster), der Privatisierung der Verstaatlichten Industrie, dem Entstehen von Fachhochschulen, der Nutzung der Chancen zum Ostexport ist dieser Erfolg auch auf die günstige Entwicklung der Arbeitskosten zurückzuführen. Sie wurde gestützt durch die günstige Behandlung nicht entnommener Gewinne und die Reform der Körperschaftssteuer. Es hat

jedoch den Anschein, dass einige Faktoren, die den Erfolg ermöglicht haben, nicht mehr im selben Ausmaße gegeben sind oder für die neue Rolle Österreichs nicht so wichtig sind wie für die Phase des Aufholprozesses. Der Entfall der Begünstigungen für materielle Investitionen und teilweise für Betriebsansiedlungen wurde schon erwähnt.

Die Faktoren, die für die Wettbewerbsfähigkeit eines reichen Landes (mit hohen Faktoreinkommen) wichtig sind, sind andere als jene für den Aufholprozess. Der Wettbewerbsvorteil (Competitive Advantage) eines Spitzenlandes wird bestimmt durch Forschung, Spitzenqualifikation und moderne Technologien. Und hier hat Österreich noch keinen komparativen Vorteil. Es gibt Fortschritte, z.B. haben die Forschungsaufwendungen relativ zum BIP den EU-Durchschnitt überschritten, aber das langsame Tempo bei der Steigerung der Zukunftsausgaben insgesamt kann bei der hohen Geschwindigkeit von Prozessen in der globalisierten Welt zu einem Problem werden.

Der brüchige Ausbildungsvorteil

Ausbildung war der Zukunftsfaktor, für den Österreich – im Gegensatz zu Forschung und Spitzentechnologien – relativ viel aufgewendet hat und wo auch die Erfolge international anerkannt wurden. Kaum eine Studie hat nicht die Qualifikation der Facharbeiter, die Vorteile der praxisnahen, dualen Ausbildung erwähnt. Österreich hat international eine besonders niedrige Jugendarbeitslosigkeit.

Während für den Aufholprozess die Ausbildung und die Flexibilität der mittleren Qualifikationen am wichtigsten sind, ist für Länder an der Technologiefrente die universitäre Ausbildung zentral. Es gibt Studien, die die Stärke Europas bis in die 90er Jahre auf die bessere Ausbildung im „untersten“ bzw. „mittleren“ Qualifikationssegment zurückführen und ebenso den Rückfall seither auf die unzureichende Dynamik und Exzellenz im universitären Bereich. Die universitären Studien dauern in Europa generell und in Österreich im Besonderen extrem lang. Die Zweistufigkeit der Ausbildung wurde in Österreich spät, die Dreistufigkeit wird erst jetzt unter internationalen Vorgaben („Bologna-Prozess“) gestaltet. Die Drop-Out-Quote ist hoch, der Anteil der Naturwissenschaften und Technik ist gering, der Anteil der modernen Sparten Biotechnologie, Nanotechnologie und Informationstechnologien entspricht nicht den zukünftigen Anforderungen. Studien mit geringen Arbeitsplatzaussichten sind stark vertreten (Psychologie, Politologie, Soziologie, Publizistik).

Es gibt auch die Kritik, dass an europäischen Universitäten der Grad der Spezialisierung zu hoch ist, Brücken zu Nachbarwissenschaften ausgeschlossen, kommunikative Fähigkeiten und Problemlösungskompetenz vernachlässigt werden. Diese Kritikpunkte dürften für Österreich besonders gelten und auch bereits in die mittlere Ausbildung hinunter reichen.

Es werden heute zu wenige Lehrlinge ausgebildet, erstens weil es weniger Lehrwerkstätten in großen Betrieben gibt. Zweitens dominiert die Lehrausbildung in den reifen Wirtschaftszweigen des industriellen Sektors und in persönlichen Dienstleistungssektoren (Friseur etc.). In modernen, technisch hochwertigen Dienstleistungen gibt es keine Tradition des Lehrberufes. Firmen beklagen die schlechte Ausbildung der Jugendlichen, die für die Lehre zur Verfügung stehen, und schränken deswegen ihre Lehrtätigkeit weiter ein.

Die Erstausbildung verliert an Bedeutung relativ zur Weiterbildung. In der berufsbezogenen Weiterbildung hat Österreich nie Spitzenwerte erreicht, wahrscheinlich auch weil das Sozial- und Pensionssystem die veränderten technischen Anforderungen durch Auffanglösungen, Stiftungen und Frühpensionierung abgefangen hat. Wenn jetzt durch den Wegfall von Frühpensionierung und später auch durch die Verringerung des Arbeitskräftepotentials durch Alterung die Lebensarbeitszeit verlängert wird, wird Weiterbildung besonders wichtig. Über das Ausbildungs- und Weiterbildungsproblem der Migranten erster und zweiter Generation wird noch zu sprechen sein.

Der Rückfall Österreichs im Pisa Rating hat zu kontroversiellen Diskussionen über das Ausmaß der Verschlechterung geführt, ebenfalls über die Ursachen und wie man das Problem beheben kann. Zweifelsohne sind die frühe Ausbildungsentscheidung, die mangelnde Kompensation von erkennbaren Schwächen durch Begleitausbildung und Motivationsförderung Schwächen im österreichischen Ausbildungssystem, ebenso die fehlende vergleichende Leistungskontrolle der Schulen. Eine wirtschafts-, leistungs- und zukunftskeptische Selbstselektion in den Lehrberufen kommt hinzu.

Wie aus einer Stärke ein Hemmfaktor werden könnte, zeigen internationale Rankings. Waren bei den Bestimmungen von Wettbewerbsfaktoren die hohe Ausbildung und die Qualität der Arbeitskräfte immer zu den Stärken Österreichs gezählt worden, so wird dies in neuen Ranking schon anders gesehen: In der Bewertung der Stärken des Wirtschaftsstandortes in Großstädten wird Wien bei der Qualifikation der Arbeitskräfte im Jahr 2005 nur noch Platz 26 (ex aequo mit Moskau, hinter Prag, knapp vor Lissabon) unter 30 europäischen Grosstädten gegeben. Selbst wenn das nicht ganz berechtigt sein sollte, ist die Tatsache, dass das von Managern so gesehen wird, ein Nachteil. Die Alarmglocken sollten läuten.

Fassen wir kurz einige Problemzonen im Bildungsbereich zusammen:

- Zu enge Ausbildung, geringe Weiterbildung
- Lehrlingsplätze vorwiegend in traditionellen Berufen
- Mittlere Qualifikationen sind bei den neuen Mitgliedsländern auch verfügbar
- Die Spitze fehlt in Österreich in vielen technischen, naturwissenschaftlichen Bereichen
- Neue Berufe/Qualifikationen sind zu wenig vertreten
- Die Universitäten sind zu wenig kompetitiv und mit der Wirtschaft vernetzt
- Synergien zwischen staatlichen Universitäten, Privatuniversitäten, kooperativen Forschungsinstituten und Fachhochschulen werden nicht genützt
- Der Lebenszyklus wird in betrieblichen Karrieren zu wenig berücksichtigt
- Migranten erster und zweiter Generation füllen die Angebotslücke, sind aber nicht genügend qualifiziert für die Wissensgesellschaft

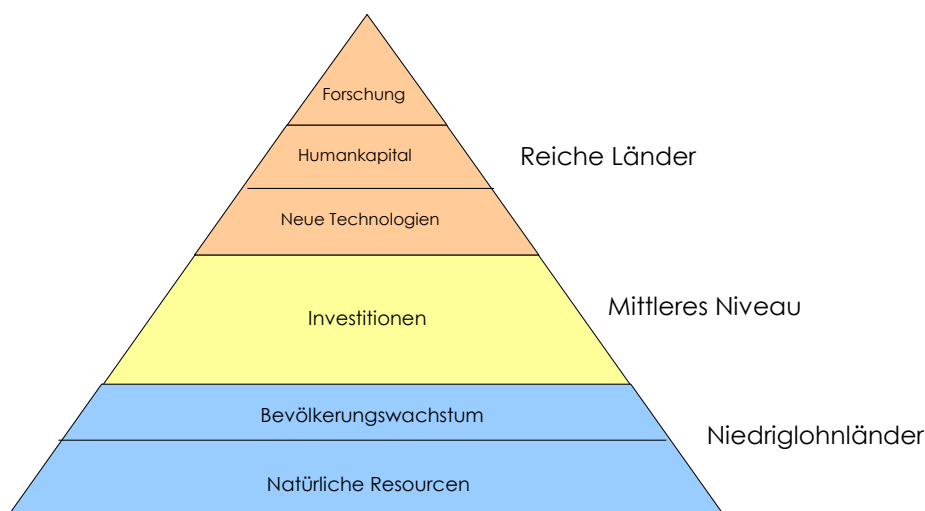
Der Weg zum Headquarter und Technologiegeber

Der Technologieimport aus Deutschland lahmte, erstens weil Deutschland selbst von einem Führungsrang zu einer Mittelposition zurückgefallen ist, zweitens weil der Lohnabstand sich verringert hat.⁵ Drittens versucht Deutschland, die eigenen industriellen Kapazitäten auszulasten (oft mit Spezialvereinbarungen mit der Belegschaft zwecks Standortgarantie). Bei Investitionen außerhalb der Stammregion ist es billiger, in die neuen Bundesländer oder in die neuen Mitgliedsländer zu investieren. Österreich kann und muss als reiches Land vom Filialbetrieb zum Headquarter werden und vom Technologienehmer zum Technologiegeber. Die größten Chancen liegen bei österreichischen Mittelbetrieben, die die Öffnung Zentral- und Osteuropas nutzen, um zu europäischen Spielern zu werden. Die bestehenden Zentralen von in- und ausländischen Unternehmen müssen durch erstklassige und maßgeschneiderte Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen in Österreich gehalten werden. Neue Regional- und Kompetenzzentren müssen angeworben werden.

4. Das Bündel an Herausforderungen

Die Spitzenposition Österreichs steht beachtlichen Herausforderungen gegenüber, die durch die (i) geographische Lage, durch (ii) Institutionen, durch (iii) starke Veränderungen in der Weltwirtschaft und nicht zuletzt sich (iv) auch aus den vergangenen Erfolgen und Unterlassungen ergeben.

Abbildung 3: Die Hierarchie der Wachstumsdeterminanten



Herausforderung 1: Konsequenz des Reichtums

Der Aufstieg Österreichs zu einem Spitzenland im Einkommen verändert die Optionen und schließt Strategien aus. Länder mit niedrigem Einkommen haben ein großes Potential billiger Arbeitskräfte und kombinieren sie mit Rohstoffen, Energie und ungenützten Raumreserven.

⁵ Industrielöhne sind in Deutschland noch immer höher als in Österreich, aber nicht mehr so viel.

Länder in mittlerer Einkommensposition (vielleicht Pro-Kopf-Einkommen von 10.000-20.000 €) wachsen besonders rasch, wenn sie einen hohen Teil der Wertschöpfung für physische Investitionen nutzen (Bauten, Ausrüstung, Fahrzeuge) und sie holen rascher auf, wenn sie Auslandskapital und internationale Managementkapazität nutzen. Länder an der Spitze der Einkommenshierarchie sind selbst Kapitalgeber und Knowledge Exporteure, sie expandieren durch überlegene Innovationsleistungen, hervorragendes Humankapital und rasche Nutzung neuer Informationen und Technologien. Produktionen, die weltweit mit denselben Maschinen nach bekannter Technologie produziert werden, haben keinen Platz in reichen Wirtschaften. Der Versuch, durch billige Löhne oder durch Subvention von physischen Investitionen konkurrenzfähig zu bleiben, wirkt sich negativ aus. Ein höheres Pro-Kopf-Einkommen ist längerfristig nicht mit niedrigeren Löhnen erreichbar, sondern mit höherer Forschung, Ausbildung, Weiterbildung und moderner Infrastruktur.

Herausforderung 2: Die Neue Mitte

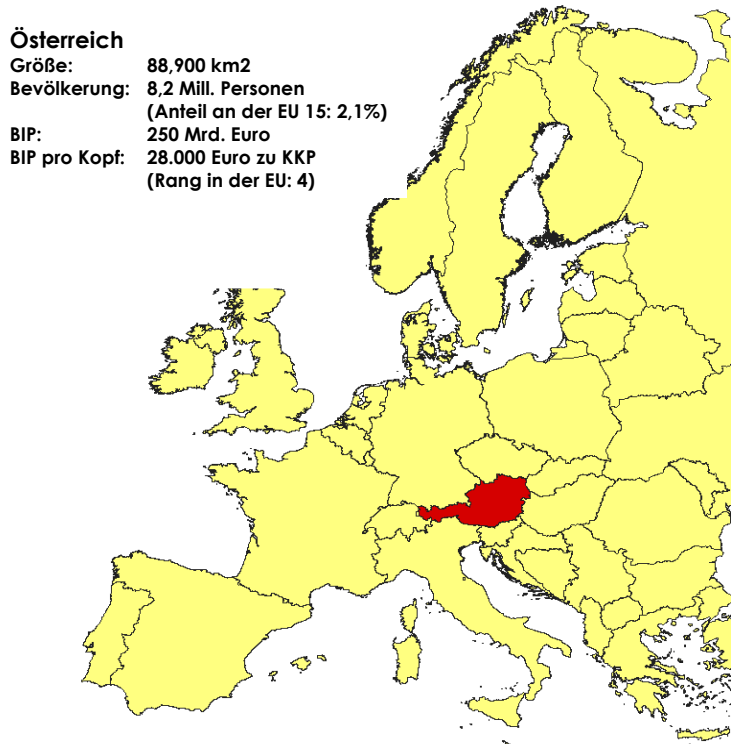
Würde der berühmte „Marsbewohner“, diesmal ein Unternehmer mit Kapital und Geschäftsideen, einen Standort für eine anspruchsvolle, dynamische, innovative Produktion in Europa suchen - ohne Details von Lohnstrukturen, Qualität der Arbeitskräfte und der Institutionen und Transportwege zu kennen - er würde Österreich als Standort wählen. Österreich hat nach Überwindung der Teilung Europas die perfekte zentrale Position. Die Schweiz liegt ähnlich zentral, aber hat den Nachteil der Nicht-Mitgliedschaft in der EU. Die größere Nähe zur Atlantikküste ist durch die Nähe Österreichs zum dynamischen ost- und zentraleuropäischen Raum, zu den Balkanländern und zu den zukünftigen Wachstumskernen Türkei, Ukraine und Weißrussland mehr als kompensiert.⁶

In der Mitte eines Wirtschaftsraumes gibt es die höchsten Löhne, die bestausgebildeten Arbeitskräfte. Die Mitte ist attraktiv für Führungskräfte, geeignet für neue Dienstleistungen. Sanfte Standortfaktoren wie Kultur und Landschaft sind dann noch ein „zufälliges Asset“ das nicht immer mit der Mitte verbunden ist. Die Umweltverschmutzung ist oft ein Nachteil des Zentrums, extrem hohe Bevölkerungsdichte oder Kriminalität könnten dazu kommen. Dass Österreich bei diesen Nachteilsfaktoren der Mitte ausgenommen ist, bedeutet ein weiteres Asset, das besonders gepflegt und vermarktet werden sollte.

Der Nachteil der geographisch so günstigsten Lage in Europa ist, dass in der Mitte der Kampf um Positionen sehr intensiv ist. Schon kleine Unterschiede in den Wettbewerbsfaktoren, jede Periode der Selbstzufriedenheit, ein kurze Unaufmerksamkeit oder ein langsames Tempo bei der Beseitigung von Fehlern hat große Konsequenzen. Denn auch Prag, Brünn und Bratislava, Győr und Budapest, Leipzig und München liegen aus der Sicht des Investors noch „in der Mitte“.

⁶ Aiginger, Landesmann, Competitiveness of the Wider Europe and its Impact on Transatlantic Relations, Paper prepared for the Berkeley Conference, September 2005.

Abbildung 4: Die neue Geographie



Die Infrastruktur in Österreich ist noch nicht auf diese neue zentrale Position abgestimmt. Strassen und Bahnen nach Zentral- und Osteuropa sind noch nicht ausgebaut, einige drohen um Österreich herum gebaut zu werden. Im Stromverbund fehlen Leitungen, jedenfalls versäumen unsere Energiekonzerne ihre Führungsrolle, weil sie sich mit sich selbst beschäftigen und durch einen Anteil des Staates von mehr als 50 % behindert sind. In der Telekombranche wird mehr über die Besteuerung der Handymasten als über den Ausbau von Breitbandleitungen gesprochen. In der Mitte ist die Konkurrenz am stärksten, Aggressivität, Schnelligkeit und Mut zählen, First Mover Advantages können genutzt, aber auch verspielt werden.

Herausforderung 3: Die Europakrise

Europa ist von allen entwickelten Regionen heute die am langsamsten wachsende. In den letzten 50 Jahren war Europa ähnlich rasch wie die USA gewachsen und hatte einen beträchtlichen Teil des Produktivitätsvorsprungs der USA aufgeholt. Während nun aber die Weltwirtschaft 2004 – 2006 um gut 4 % pro Jahr wächst, so sind es in Europa nur 1,5 %. Nordamerika wächst mit über 3 %, die asiatischen Industrieländer noch stärker (wenn auch Japan für sich genommen noch schwächer wächst als Europa). Gerade an Japan sieht man

in den neunziger Jahren, wie rasch der Übergang vom Erfolg zur Stagnation sein kann und wie Institutionen, die für eine Periode des Aufholens optimal waren, für die Position an der Technologiefrent ungeeignet sein können. Drittens erkennt man an den Problemen Japans, dass die geographische Nachbarschaft zu einem dynamischen Markt noch kein Garant für das Wachstum des „alten Zentrums“ der Region bedeuten muss. Ein hoher Anteil an materiellen Investitionen, eine Abschottung gegen Importe und die Konservierung der „Japanischen Eigenheiten“ sind ungeeignete Mittel, wenn es eine effiziente Billiglohnkonkurrenz in der Nähe gibt, die ihr planwirtschaftliches Korsett abgelegt hat und die globalen Märkte erobert. Ein Konjunkturpaket nach dem anderen und auch die extrem hohe Staatsverschuldung sind kein Garant für die Rückkehr auf den Wachstumspfad, wenn die Wirtschaft nicht flexibel genug ist.

Herausforderung 4: Die Globalisierung

Die geringe Dynamik Europas hat dazu geführt, dass Unternehmen mit weltwirtschaftlicher Perspektive ihre zukünftigen Investitionen oft nicht mehr in Europa planen. Dies gilt insbesondere für kapazitätserweiternde Investitionen, für Anlagen, die eine schon ausgereifte Technologie verwenden, und wenn Kundennähe (Marktnähe) ein Vorteil ist. Es gilt weniger für Technologien in der Startphase, für Produktionsstufen, in denen der Kontakt zwischen Universitäten und Firmen wichtig ist und wo höchstqualifizierte Arbeitskräfte benötigt werden. Allerdings ist erstmals auch die Qualität der Arbeitskräfte und die Innovationskraft in Regionen mit niedrigeren Löhnen relativ hoch, im Gegensatz zur historischen Erfahrung, wo niedrige Löhne mit niedriger Qualifikation verbunden waren. Standorte mit einem Lohnniveau von einem Zwanzigstel des führenden Landes hatten nie gut ausgebildete und technologieerfahrene Arbeitskräfte. China und Indien besitzen heute hervorragende Arbeitskräfte und generell eine Bevölkerung, die unbedingt und rasch einen höheren Wohlstand anstrebt.

Diese Überlegungen machen es schwierig, Arbeitsplätze durch Neugründung von Unternehmen und durch große Ausbaustufen in Europa zu erreichen. Allerdings darf die Position Europas auch nicht zu negativ gesehen werden. Erstens steigt durch das hohe Wachstum der Weltwirtschaft auch die Nachfrage für europäische Firmen. Zweitens ist die Position Europas wahrscheinlich mittelfristig günstiger als es kurzfristig der Fall ist. Europa hat die Kosten der Schaffung des Binnenmarktes, der Einführung einer Währung und teilweise auch der deutschen Wiedervereinigung schon hinter sich gebracht („pain proceeds gain“). Drittens liegt Europas Stärke in der schrittweisen Innovation, nicht in der Phase der ersten Markteinführung neuer Technologien (wie es bei IKT und Biotechnologien in den letzten zehn Jahren der Fall war). Viertens ist die Entwicklung in den asiatischen Ländern sehr ungleichgewichtig und manche Firmen sehen auch schon die Nachteile: noch immer diskontinuierliche Stromversorgung, relativ hohe Löhne und Agglomerationskosten in Shanghai bei gleichzeitig extremem Entwicklungsrückstand und Entfernungen anderer Regionen.

Auch österreichische Unternehmen erzielen im Inland respektable Gewinne, erwägen aber bei Neuinvestitionen billigere Standorte (wo mit bekannter Technologie noch höhere

Gewinne zu erzielen sind und die Nachfrage stärker wächst). Dies ist ein Vorteil für Österreich sofern die in den Unternehmenszentralen getätigten Dienstleistungen hochwertige Arbeitsplätze entstehen lassen und die Faktoreinkommen steigen. Der Sektor der Headquarters und der Kompetenzzentren muss durch ein qualitativ hervorragendes Dienstleistungs- und Innovationsumfeld forciert werden. Wird die Arbeitskräftebilanz negativ, so wird die Strategie der Lohnzurückhaltung in Frage gestellt, und dies wäre wieder für andere Unternehmen ein Grund Investitionsentscheidungen zu verlagern. Eine negative Spirale kann in Gang gesetzt werden. Ein Sektor dynamischer Dienstleistungsbetriebe und Mittelbetriebe, die den österreichischen Markt bearbeiten und gleichzeitig Europazentralen werden, ist das wichtigste Element zur Erhaltung der industriellen Stärke Österreichs.

Herausforderung 5: Reform der Institutionen

Sowohl auf europäischer Ebene als auch in Österreich sind die Institutionen nicht für die neue Situation in der globalisierten Wirtschaft gerüstet. Europa ist nicht imstande, dem Thema Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang zu geben. Europa kann sein Ziel, die eigenen Mittel in Richtung Forschung umzuschichten, nicht durchsetzen, aber es kann auch die Mitgliedsländer nicht dazu gewinnen, die Forschungsquote von 2 % auf 3 % aufzustocken und die Ausgaben für Ausbildung und Weiterbildung zu forcieren, Transeuropäische Netze materieller und immaterieller Art sind konzipiert aber nicht durchgesetzt. Der Gipfel in Luxemburg im Frühjahr 2005 hat in allen Punkten Schritte in die richtige Richtung gesetzt (Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Renationalisierung der Lissabonstrategie, Einsetzen eines Koordinators für Transeuropäische Projekte, Fokus auf Wachstum und Beschäftigung), aber sechs Monate nachher ist fraglich, ob sich an der Wirtschaftspolitik genügend geändert hat.

Österreich hat die Fachhochschulen eingeführt, hat die Universitäten reformiert, die Schulen autonomer gemacht, die Forschungsförderung und die Investitionsförderung etwas übersichtlicher gestaltet, die Forschungsmittel erhöht und im Bereich der Strassen und Bahnen erhebliche zusätzliche Mittel frei gemacht. Im Verhältnis zu den neuen Herausforderungen bleibt noch ein erheblicher Reformbedarf in organisatorischer Hinsicht und im Ausmaß der eingesetzten Mittel.

5. Krise Europas und Modelldiskussion

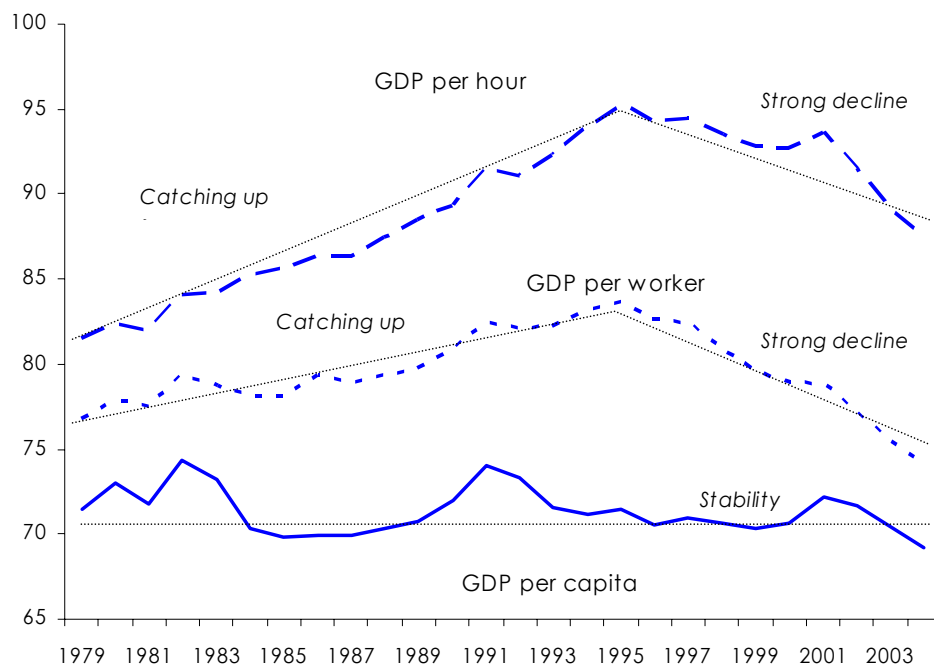
Europa ist ein politischer Erfolg aber es fehlt bisher der Wille zum Wachstum

Das Projekt Europa ist politisch auf Erfolgskurs. Immer mehr Länder bewerben sich um die Mitgliedschaft. Die Währung ist stark. Die friedenschaffende Wirkung ist unwiederkehrbar und zieht immer weitere Regionen in den Bann. Aber: die wirtschaftliche Dynamik ist enttäuschend. Das Wachstum ist niedrig, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, die Binnennachfrage springt auch nach einem Exportboom nicht an. Die Budgetdefizite bleiben auch im "besten Jahr" knapp an der Alarmgrenze. Infrastrukturprojekte verzögern sich.

Ohne Integration wäre Europa fragmentiert und noch stärker zurückgefallen

Die enttäuschende wirtschaftliche Dynamik Europas ist nicht eine Folge der wirtschaftlichen Integration, wahrscheinlich wären die Wirtschaftszahlen ohne Integration noch schlechter. Zumindest wären Strukturen nicht aufgebrochen, Reformen und Marktöffnung nicht erfolgt, und die zukünftigen Probleme wären noch wesentlich größer. Die Einkommen wären nach Ländern unterschiedlicher, der Rückstand des Südens und des Ostens würden zu wirtschaftlichen und politischen Spannungen führen und die kleinen Länder hätten schlechtere Leistungsindikatoren als die großen. Nationale Monopole z. B. im Telekombereich wären nicht aufgebrochen, die Landwirtschaft bekäme noch größere, unübersichtlichere und widersprüchlichere Subventionen, die Internationalität und Qualität der Ausbildung ließe zu wünschen übrig, die Mobilität der Europäer wäre geringer.

Abbildung 5: Europas Aufholprozess in der Produktivität



Q: Eurostat (AMECO).

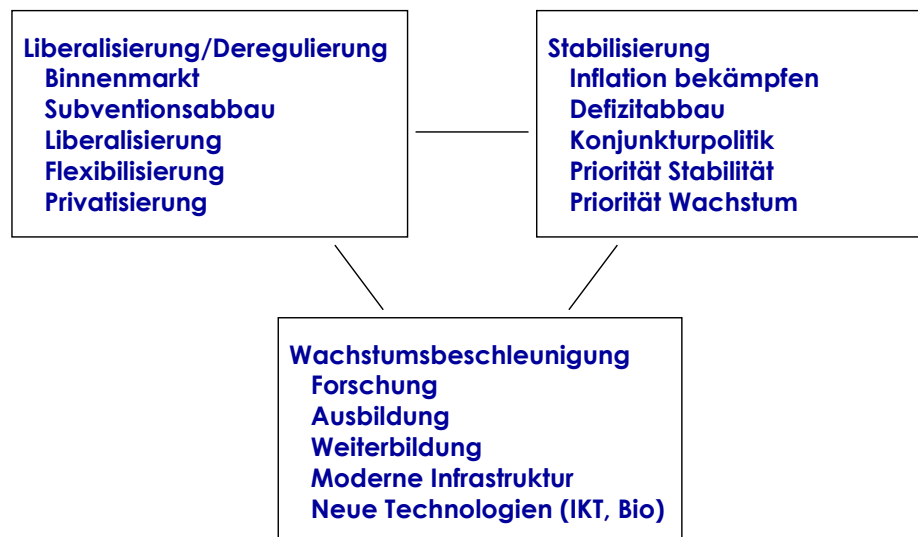
Asymmetrie der drei Linien der europäischen Wirtschaftspolitik

Die enttäuschende wirtschaftliche Entwicklung Europas ist die Folge der asymmetrischen Nutzung von wirtschaftspolitischen Strategielinien. Die Wirtschaftspolitik der EU konzentriert sich auf die liberalisierende/deregulierende Komponente, sie wendete die makroökonomische Steuerung asymmetrisch an (mit stärkere Betonung von Preisstabilität und Defizitabbau, im Vergleich zur Wachstumsstabilisierung bzw. -forcierung), und sie vernachlässigt die dritte und entscheidende Komponente, nämlich die wachstumsfördernde.

Die deregulierende Komponente hat den Subventionsdschungel durchforstet (Förderungen reduziert und transparenter gemacht), den Förderwettbewerb für neue Ansiedelungen eingeschränkt, die Märkte geöffnet, den Wettbewerb intensiviert, den Strukturwandel beschleunigt, die Basis für europäische Exporterfolge geöffnet. Es ist ein Erfolg dass Europa weitgehend zu einem Binnenmarkt wurde (aus 15/25 nationalen Märkten). Die liberalisierend/deregulierende Komponente als neo-liberal zu verteufeln und sie für die Probleme verantwortlich zu machen wäre langfristig ein fataler Fehler. Vielleicht hat sie einige Zehntelprozent Wachstum gekostet, aber selbst dies wäre eine gute Investition für langfristige Erträge (Kosten fallen rasch an, Erträge kommen später: „pain precedes gain“). Ein segmentierter, subventionierter, kleinstaatlicher, kartellierter Wirtschaftsraum wäre aber kein Zukunftsmodell.

Die stabilitätspolitische Komponente war notwendig, weil die nationalen Regierungen die Defizite nicht in den Griff bekamen und weil Unterschiede in der lohnpolitischen und budgetpolitischen Permissivität die Einführung des Euro verhindert hätten. Die Schaffung einer Europäischen Zentralbank mit starker Unabhängigkeit als Hüter der Stabilität war wichtig. Auch gibt es in kaum einem Land heute Lohnsteigerungen über der Produktivität, wie es früher in südlichen Ländern aber auch in Großbritannien und Niederlanden und Frankreich gegeben war. Aber staatliches und kollektivvertragliches Kostenbewusstsein hat auch Nachfrageausfall zur Folge.

Abbildung 6: Strategielinien der Wirtschaftspolitik



Die aktive Komponente der Wirtschaftspolitik ist die Forcierung von Investitionen, Forschung, Ausbildung. Hier gibt es die These A: wann immer die Voraussetzungen geschaffen sind, d. h. stabile Rahmenbedingungen und angemessene Gewinne, dann wird früher oder später genügend investiert (Träger: OECD) und These B: Zukunftsinvestitionen haben externe und kumulative Wirkungen; ohne staatliche Förderung wird zu wenig geforscht, ausgebildet und in Infrastruktur investiert. Meine Position ist, dass die Wirtschaftspolitik eine proaktive

Wachstumspolitik braucht. Besonders wenn man (i) die Wirtschaft einem (sinnvollen) Liberalisierungsschock aussetzt (ii) ein (mittelfristig sinnvolles) Stabilitätspostulat erstmals einsetzt. (iii) eine Einkommensverteilung zulässt, bei der die niedrigen Einkommen kaum steigen und (iv) wenn man im Pensionssystem stärkere Eigenleistungen verlangt. Ohne proaktive Wachstumspolitik dauert es solange bis Liberalisierung, Budgetdisziplin, Erholung der Gewinne einen Innovations- und Wachstumsschub auslösen. Ein Zusammenbruch der Erholung ist die Folge, kurzfristige Schwankungen um einen geringen Wachstumspfad werden eintreten, zunehmende Unsicherheit verringert Spar- und Investitionsquote.

Das vergessene Wachstum und das ferne Lissabon

Die EU hat diese aktive Komponente in der Lissabonstrategie angesprochen, aber nie durchgesetzt. Warum? Erstens weil Wachstum kein prioritäres Ziel war. Stabilität der Preise, Ausgleich der Budgets, Einführung des Euro waren die Hauptziele, Binnenmarkt, Kohäsion, Abbau von Handelsschranken, Wettbewerbsfähigkeit waren die Instrumente und Zwischenziele. Wettbewerbsfähigkeit wurde in den Dokumenten der DG Enterprise richtig definiert als Fähigkeit die Wirtschaftsleistung und die Beschäftigung zu steigern (und dies besonders mit Blick auf die Wissensgesellschaft). In der Praxis wurden eine kostenmäßige Wettbewerbsfähigkeit und die Exportsteigerung verfolgt. Zweitens trat die Lissabonstrategie in den Hintergrund – nicht weil die EU eine neoliberale Politik wollte, sondern weil die liberalisierende Komponente keine direkten Budgetkosten hat (weder für den Nationalstaat noch für das EU Budget). Drittens weil Forschung, Ausbildung und Weiterbildung sperrige Themen mit eher langfristigem Ertrag sind. Die Umschichtung der EU-Mitteln von der Landwirtschaft zur Forschung, wie sie der Sapir Report verlangt hat, blieb bisher eine Illusion. Dass die transeuropäischen Projekte auch noch zu kurz kommen ist einer Kombination von Geldmangel, Planungsmangel, fehlender Managementkapazität und Kurzsichtigkeit zuzuschreiben. Neoliberale Absichten spielten dabei die geringste Rolle.

Europäischer Kurswechsel in Luxemburg angedeutet

Am Gipfel in Luxemburg wurden die Weichen tendenziell in die richtige Richtung gestellt. Der Stabilitätspakt wurde gelockert, allerdings sind die genauen Richtlinien auch heute – fast 2 Monate nach dem Luxemburg Gipfel – noch nicht ausformuliert. Das Lissabonziel soll durch Nationale Pläne umsetzbar gemacht werden. Die liberalisierende Komponente – etwa in der Dienstleistungsrichtlinie – wurde abgeschwächt. Die Rhetorik bei diesen Änderungen ist allerdings oft nicht vorwärts gerichtet, sondern populistisch. Es scheint nicht wirklich darum zu gehen, das Wachstum zu beschleunigen, sondern die wettbewerbsintensivierende Komponente zu verteufeln. Damit die französische Regierung die EU-Verfassungsabstimmung gewinnt, die deutsche die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und die italienischen Regierungsparteien einen gemeinsamen Gegner haben. Weder Frankreich, noch Deutschland noch Italien fahren einen entschlossenen Wachstumskurs.

6. Lernen von anderen: Erfolgreiche Länder fahren eine dreipolige Strategie

Es gibt Analytiker, die die Ursache für die europäische Wachstumsschwäche in dem umfassenden Sozialnetz, den hohen Löhnen, dem starken Einfluss des Staates, und den Umweltauflagen sehen und daher die Frage stellen, ob das Europäische Modell noch konkurrenzfähig gegen die billigeren und flexibleren Modelle der USA, der Erweiterungsländer und China und Indien ist. An diesem Argument stimmt, dass Kosten und bürokratische Verzögerungen in einer integrierten und globalisierten Wirtschaft, mit dem Auftreten neuer Konkurrenten (von den Spitzenregionen der Erweiterungsländer bis zu China und Indien) schwerer wiegen, als in den ruhigeren sechziger bis achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Aber das Sozialnetz hat auch Vorteile rein ökonomischer Art, es gibt auch Sicherheit und erhöht den Konsum und die Lernbereitschaft und ein stabilisierender Staat erhöht auch die Investitionsneigung (ganz abgesehen davon, dass die spezifischen Ausgaben selbst eine hohe Rendite haben können). Armut und Arbeitslosigkeit bedeuten jedenfalls hohe volkswirtschaftliche Kosten, Zäune, Sicherheitsanlagen, Gefängnisse, Kriminalität ergeben auch verlorene Kosten. Dennoch ist die Dynamik von Produktion, Beschäftigung und Produktivität in den USA seit mehr als einem Jahrzehnt höher als in Europa, und die Frage ob Europa hier – und gegenüber den dynamischen Wirtschaften Asiens konkurrenzfähig ist, ist berechtigt. Im Folgenden überprüfen wir daher, welche europäischen Länder im letzten Jahrzehnt erfolgreich waren. Ein europäisches Modell des reformierten Wohlfahrtsstaates – kostenbewusst, anreizoptimierend, wachstumsorientiert – ist konkurrenzfähig und kombiniert Einkommen, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung.

Die in den letzten Jahren wirtschaftlich erfolgreichsten europäischen Länder – Schweden, Finnland, Dänemark – wachsen ungefähr gleich schnell wie die USA, allerdings nach Krisen, die zumindest in Finnland und Schweden zu einem deutlichen Verlust in der relativen Einkommensposition in Europa geführt haben. Alle drei Länder haben ein hohes Sozial- und Beschäftigungsniveau, einen großen Staatssektor und geben der Umwelt einen hohen Stellenwert. Sie schafften es, die Reformen in einer Form durchzuführen, „die das Vertrauen der Bevölkerung und ihr Sicherheitsbedürfnis nicht beeinträchtigen“ (Tichy, 2005, S. 403). Ihr Erfolg beruht auf drei Säulen:

- Privates und öffentliches Kostenbewusstsein
- Hohes Beschäftigungsniveau: Reform des Arbeitsmarktes in Richtung mehr Flexibilität für Firmen und Sicherheit, Qualifikation und Beratung für die Arbeitnehmer („Flexicurity“)
- Forcierung der Zukunftsinvestitionen in Richtung Lissabonstrategie

Privates und Öffentliches Kostenbewusstsein

Die erste Säule ist privates und öffentliches Kostenbewusstsein: Löhne steigen nicht rascher als die Produktivität, die Staatsausgaben wachsen langsamer als das Bruttoinlandsprodukt und als die Steuereinnahmen.

Durch die erfolgreichen Budget- und Arbeitsmarktreformen hatten die drei Länder am Beginn der letzten Schwächeperiode Budgetüberschüsse und konnten der Abschwächung gegensteuern. Damit konnte die Binnennachfragekomponente in der letzten Phase niedrigen Wachstums gestärkt werden. Dadurch sehen Investoren zusätzliche Absatz- und Ertragschancen, und Konsumenten halten infolge der weiter steigenden Einkommen und der niedrigen Arbeitslosigkeit ihre Konsumneigung aufrecht.

Die Staatsausgaben wurden mittelfristig, unter Beachtung von Ausgabenprioritäten und Verteilungsaspekten gebremst. Alle drei Länder hatten am Beginn der Rezession einen Budgetüberschuss und konnten dann expansiv reagieren, ohne an die durch den Stabilitätspakt gesetzten Grenzen zu stoßen.

Hohes Beschäftigungsniveau, Reform des Arbeitsmarktes, „Flexicurity“

Durch ein qualitativ hochwertiges, leistbares und flächendeckendes Betreuungsangebot für Kinder und ältere Personen und effiziente Ausbildungssysteme erreichen die skandinavischen Länder über den gesamten Lebenszyklus für beide Geschlechter eine hohe Erwerbsbeteiligung.

Die ökonomischen Anreize am Arbeitsmarkt wurden in den neunziger Jahren wachstums- und beschäftigungsfreundlich gesetzt: Temporäre Arbeitsverhältnisse sind frei gestaltbar, generell sind Arbeits- und Produktmärkte weniger reguliert als in den großen kontinentaleuropäischen Ländern. Das Arbeitslosenentgelt ist relativ hoch, aber die Regeln für Schulung und Annahme von Beschäftigung nach Schulung sind streng („fördern und fordern“). Die Zuversicht, einen Arbeitsplatz zu gewinnen, wenn der alte verloren geht, ist groß. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist effektiv und wird akzeptiert, so dass Flexibilität für die Firmen kombiniert wird mit Sicherheit für den Arbeitnehmer („Flexicurity“).

Forcierung der Zukunftsinvestitionen in Richtung Lissabon-Strategie

Den Zukunftsfaktoren Forschung, Ausbildung, Weiterbildung, Diffusion von Technologien wird entscheidende Bedeutung gegeben: Die Ausgaben für Forschung liegen gleich auf mit den USA, 50 % höher als im europäischen Durchschnitt und wurden in den neunziger Jahren stärker erhöht; die Lissabonziele sind in diesen Ländern konsequent verfolgt und 2005 schon weitgehend erfüllt - damit ihre Vorteile genutzt. Wachstum und Exzellenz im Innovations- und Ausbildungssystem werden angestrebt, damit der Wohlfahrtsstaat finanzierbar bleibt und die Umwelt geschont werden kann.

7. Skizze eines reformierten europäischen Wohlfahrtsstaates

Die Erfolge der skandinavischen Länder zeigen, dass Wohlfahrtsstaaten so reformiert werden können, dass sie flexibler werden und in der globalisierten Welt wettbewerbsfähig sind. Das neue europäische Modell ist nicht das alte, es hat drei Adjektive: effizient, sozial und ökologisch. Wer das erste Adjektiv vergisst, erschwert das zweite und das dritte. Ein europäisches Modell des reformierten Wohlfahrtsstaates – kostenbewusst, anreizoptimierend, wachstumsorientiert – ist konkurrenzfähig und kombiniert Einkommen, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung.

Ein erfolgreiches europäisches Gesellschaftsmodell, das auch unter den Bedingungen der internationalen Konkurrenz und der Globalisierung erfolgreich ist, lernt nicht nur von skandinavischen Ländern, sondern bezieht auch die Reform Erfahrungen von großen europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien) ein, die Erfolge in den kleinen Ländern mit den höchsten Pro-Kopf-Einkommen (Belgien, Luxemburg, Niederlande, Österreich) und der Länder der Peripherie, die in den letzten Jahren stärker gewachsen sind als der EU-Durchschnitt (Irland, Portugal, Spanien, Griechenland), sowie die Reform Erfahrungen der neuen Mitgliedsländer. Ein reformiertes Modell könnte durch die folgenden Elemente gekennzeichnet sein:

- Das Sozialsystem ist umfassend und sichert alle Bevölkerungsgruppen ab, die Transfers und Sozialleistungen stehen teilweise in Relation zu individuellen Anstrengungen und sind an Bedingungen (für Weiterbildung, Eigenvorsorge, Akzeptanz von Mobilität und Veränderungen) geknüpft. Hohe Ersatzraten z. B. im Fall der Arbeitslosigkeit werden mit Anreizen zur Wiederaufnahme von Beschäftigung und intensiver Beratung sowie aktiver Arbeitsmarktpolitik verknüpft, Ersatzraten sind bei niedrigen Einkommen höher als bei höheren.
- Wenn Steuern und Staatsausgaben hoch sind, müssen sie auf ihren Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Produktivität überprüft werden. Die Qualität der Staatsausgaben ist mindestens so wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit wie ihre Höhe. Transfers verlieren relativ an Bedeutung zu öffentlichen Dienstleistungen und zu investiven Komponenten. Einrichtungen und Vertragsformen werden forciert, die Beruf und Familie oder Beruf und Weiterbildung vereinbaren. Jedes Gesetz wird neben Wettbewerbsaspekten in Richtung ökologische und soziale Folgen bewertet.
- Die Löhne entwickeln sich in Einklang mit der Produktivität, ein Abwertungswettlauf wird vermieden (selbst in den Ländern, wo er noch möglich wäre). Dennoch ist nicht die individuelle Position garantiert, sondern die Voraussetzungen zur Wiederaufnahme einer Beschäftigung werden verbessert. Neben dem Vollzeitarbeitsplatz gibt es unterschiedliche Formen der Teilzeit- und der Kurzzeitverträge. Diese sind mit anteiligen Sozialleistungen verbunden. Die Wahl der Flexibilität soll von Arbeitgeber und Arbeitnehmer symmetrisch bestimmt werden und soll auch nach Geschlechtern gleichmäßig verteilt sein. Personen, die in bestimmten Lebensphasen Flexibilität akzeptieren, haben Vorrang, wenn später von derselben Firma Vollzeitarbeitsplätze angeboten werden.
- Eine neue kinderzentrierte Familienpolitik wird entwickelt mit qualitativ hochwertigen, flächendeckenden und leistbaren Betreuungseinrichtungen, um erstens die kognitiven Fähigkeiten der kommenden Generationen früh zu entwickeln und auf die Herausforderungen der neuen wissensbasierten und flexibleren Arbeitswelt vorzubereiten; um zweitens soziale Vererbung zu verringern; sowie drittens die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Erwerbschancen von Frauen zu erhöhen.
- Welfare to work Elemente werden implementiert mit dem Ziel, die Grenzsteuersätze bei Aufnahme von Arbeit zu verringern. Der Unterschied zwischen Brutto- und Nettolohn

besonders im Bereich der Niedrigeinkommen wurde reduziert. Für Problemgruppen werden negative Einkommenssteuer, Wiedereingliederungsbeihilfen oder Kombilöhne staatlich forciert. Arbeitsmarktpolitik wird stärker dezentralisiert, der Schulungs- und Weiterbildungsaspekt forciert und alle Problemgruppen (inkl. Sozialhilfe, beschränkt Vermittlungsfähige) einbezogen.

- Teilzeitarbeit und Flexibilitäten werden auch als bewusste Wahl im Lebenszyklus angesehen, Sozial- und Pensionsrechte sind mit ihnen (pro rata) verbunden, Teilzeit ist auch ein individuelles Recht (für Auszeiten, Weiterbildung, Familiengründung, Pensionsvorbereitung) und nach Geschlechtern gerecht verteilt ("managed and balanced flexibility").

Unterschiede zum amerikanischen Modell

Das europäische Modell ist auch nach diesen Reformen und teilweise gerade durch sie deutlich vom amerikanischen Modell unterschiedlich:

- Die abgedeckten Risiken sind in Europa umfangreicher und daher die Wohlfahrtskosten höher, der Versuch Einkommensunterschiede auszugleichen bleibt ein Kernelement des europäischen Gesellschaftsmodells. Ein Niedrigpreis und -Lohnsektor wird nicht langfristig akzeptiert. Die Rolle der Arbeitsmarktinstitutionen ist mehr auf Hilfe und Förderung ausgerichtet.
- Ökologische Ziele, umfangreiche Risikenabsicherung, Vermeidung der Armut und Fairness in der Einkommensverteilung werden durch Steuern und Rahmenbedingungen abgesichert. Im Bereich der Schulen und der Gesundheit wird ein hoher Teil in öffentlichen Einrichtungen angeboten.
- Die öffentliche Hand übernimmt eine proaktive Rolle im Bereich der Forschung, der Industriepolitik, der Aus- und Weiterbildung, indem sie Anreize bietet, in diese Bereiche zu investieren.
- Sozialpartner spielen eine Rolle in der Festlegung der Lohnskala und der Lohnhöhe, sie beeinflussen gemeinsam mit der Regierung und unter Anhörung von Experten die Institutionen und die Wirtschaftsgesetze.

8. Eine Wachstumsstrategie für Österreich ist möglich und nötig

Mittelfristige Prognose: etwas mehr Wachstum, konstant hohe Arbeitslosenquote

Die mittelfristige Prognose des WIFO erwartet für die nächsten 5 Jahre (bis 2009) ein mittelfristiges Wachstum von 2,3 %. Dieses Wachstum liegt etwa höher als im Euroraum (2,1 %), einerseits weil die neuen EU-Mitgliedsländer aber auch die südeuropäischen Länder stärker expandieren und der Strukturwandel zu zweitens weil Verlagerungen von Ausgaben zugunsten von Zukunftsausgaben fortsetzen. Das Wachstum ist aber nicht stark genug um die Arbeitslosenrate zu senken. Sie verharrt auf 4,5 % nach EU Berechnung und 7,1 % nach nationaler Statistik. Das bedeutet in absoluten Zahlen einen Anstieg von auf fast 260.000 im

Jahr 2009 (2005 247.000). Die Beschäftigung steigt mit 0,9 % pro Jahr also um ca. 30.000. Das Arbeitsangebot steigt im selben Ausmaß (relativ, absolut etwas stärker). Das stark steigende Arbeitsangebot ergibt sich aus (i) einem Anstieg der Bevölkerung im erwerbsfähigem Alter (+0,3 u. a. durch Einbürgerungen), (ii) Ausweitung der Zahl der Saisoniers und der Gastarbeiter aus alten Mitgliedsländern, (iii) der Erleichterung von Arbeitsgenehmigungen für Ausländer, die sich im Inland aufhalten und (iv) der Verringerung der Frühpensionen.

Wachstum muss Priorität Nr. 1 werden

Nicht zuletzt diese Prognose legt es nahe die Anhebung des Wachstumspfadens zur wirtschaftlichen Priorität Nr. 1 zu machen. Ohne Wachstum von mehr als 2,5%, wird die Arbeitslosigkeit nicht sinken, das Budget mittelfristig nicht "close to zero" kommen, das Pensionssystem nicht nachhaltig stabilisiert sein.

Wachstum war bisher weder in Europa noch in Österreich das prioritäre Ziel. In Europa waren es Stabilität und Einführung des Euro und Binnenmarkt, in Österreich hatte Budgetstabilisierung, Pensionsreform und Kindergeld einen höheren aufmerksamkeitswert (wenn auch dreimal durch Pakete und letztlich durch die Steuerreform Wachstumsimpulse gegeben wurden.)

Es gibt auch noch immer keinen vollen Konsensus und volle Unterstützung für eine Wachstumsstrategie. Viele geben Wachstum Nachrang hinter immateriellen Zielen (Glück, Wohlstand, immateriellen Ziele). Das ist eine Sache der Präferenzen, die ein Wissenschaftler nicht zu kritisieren sondern nur festzustellen hat. Ich habe allerdings das Gefühl, dass gerade die wohlhabenderen Schichten dann doch eine hohe Präferenz für mehr Geld haben, wie sich im erbitterten Widerstand gegen Umverteilung, gegen Aufhebung von Sonderrechten, und im Plädoyer für hohe Managergehältern zeigt.

Noch wichtiger ist aber dem Irrtum entgegenzutreten, dass es möglich ist ohne Wachstum die Arbeitslosigkeit zu senken. Eine Reduktion der Arbeitslosigkeit ohne Wachstum ist in der Regel mit erheblichen dirigistischen Eingriffen verbunden. Jeder muss kürzer arbeiten, niemand darf den Lohnausfall kompensieren dürfen durch längere Arbeit oder Zweitjob. Die Rate des arbeitssparenden technischen Fortschrittes muss reduziert werden, arbeitsintensivere Techniken müssen verordnet werden. Das ist sehr schwer in einer Marktwirtschaft. Was leicht geht wird ohnehin schon getan: es gibt mehr Teilzeitbeschäftigung. Und das Produktivitätswachstum in der mittelfristigen Prognose des WIFO liegt mit 1,4 % unter den Erfahrungen der achtziger und neunziger Jahren (und dem, was man für den autonomen Trend des technischen Fortschrittes hält).

Übersicht 1: Konjunktur 2003 bis 2006

	2003	2004	2005	2006
Österreich	1,4%	2,4%	1,8%	1,9%
Euroraum	0,7%	2,0%	1,5%	1,7%
EU 15	0,9%	2,2%	1,5%	1,7%
EU 25	1,0%	2,3%	1,6%	1,8%

Q: WIFO-Prognose.

Zusammenfassend es gibt sicher auch Möglichkeiten mit etwas geringerem Wachstum als 3% die Arbeitslosigkeit zu senken, darunter auch einige positive Maßnahmen (Bildungsfreistellung, Teilzeit in der gewünschten Lebensphase). Aber die meisten Maßnahmen zur Reduktion der Arbeitslosigkeit ohne Wachstum sind passiv und dirigistisch (Verbote von Überstunden, Erschwerung von Arbeitsbewilligungen), sodass eine Anhebung des Wachstums - mit Berücksichtigung der Ressourcenschonung - der bessere Weg ist.

Sieben Elemente einer Wachstumsstrategie

Österreich befindet sich somit an der Wegkreuzung zwischen alten Strukturen und neuen Anforderungen. Die neuen Anforderungen werden in der Lissabon Strategie vorgezeigt, sie wurden für Österreich vom WIFO in sieben Strategielinien vorgezeichnet. Forschung, Ausbildung, Weiterbildung, Infrastruktur, Arbeitsmarktreformen, Betriebsgründungen und Umwelttechnologie. Die ersten vier Strategien definieren die Wettbewerbsfaktoren die darüber entscheiden werden ob Österreich in der neuen Situation seine exzellente Einkommensposition halten und ausbauen kann. Alle Strategieelemente zusammen sollten es möglich machen den Wachstumspfad Österreichs zu heben. Die Schwierigkeit der Aufgabe der Wirtschaftspolitik liegt allerdings darin dass man alles, längere Zeit richtig machen muss, und dass die Wirtschaftspolitik auch verstanden und kommuniziert sein muss, wenn es gelingen soll den Wachstumspfad ein paar Zehntelprozente zu heben.

Die Elemente einer Wachstumsstrategie, die auf den sieben Strategielinien beruhen, wurden am Dialog für Wachstum und Beschäftigung am 1. Mai der Öffentlichkeit vorgestellt und in Aiginger et al. (2005) dokumentiert. Es sind auch seither Maßnahmen ergriffen worden im Bereich Forschung, Ausbildung, Qualifikation, Infrastruktur (vgl. Übersicht 1), die Wirkung dieser Annahmen wird mit 0,1 % zusätzlichem Wachstum 2005 und 0,3 % 2006 quantifiziert. Vom Wachstumsvorsprung Österreichs gegenüber der Eurozone von 0,4 Prozentpunkten 2005 und 2006 ist damit ein erheblicher Teil durch wachstumsstimulierende Maßnahmen seit dem Wachstumsgipfel bedingt.

Übersicht 2: Wachstumsstimulierende Maßnahmen Österreichs seit Mai 2005

	2005	2006
	Volumen in Mio. €	
Forschungsmilliarde	50	75
Infrastruktur-Sofortprogramm	150	150
Qualifizierungsoffensive	0	285
Auftragsforschung-Steuerfreibetrag	-	50
Regionaloffensive	60	190
Gesamtvolumen der Maßnahmen	260	750
Gesamtvolumen in % des BIP	0,1	0,3

Q: WIFO-Berechnungen.

9. Einige Reformansätze im Detail

Eine ausführliche Analyse der österreichischen Position nach den wichtigsten makroökonomischen Indikatoren findet sich in Aiginger (2005) und Walterskirchen (2004). Die sieben Strategielinien zur Erhöhung des mittelfristigen Wachstums sind in Aiginger et al. (2005)

skizziert. Wir wollen hier einige Punkte beleuchten, die in der Diskussion bisher nicht voll zum Ausdruck gekommen sind:

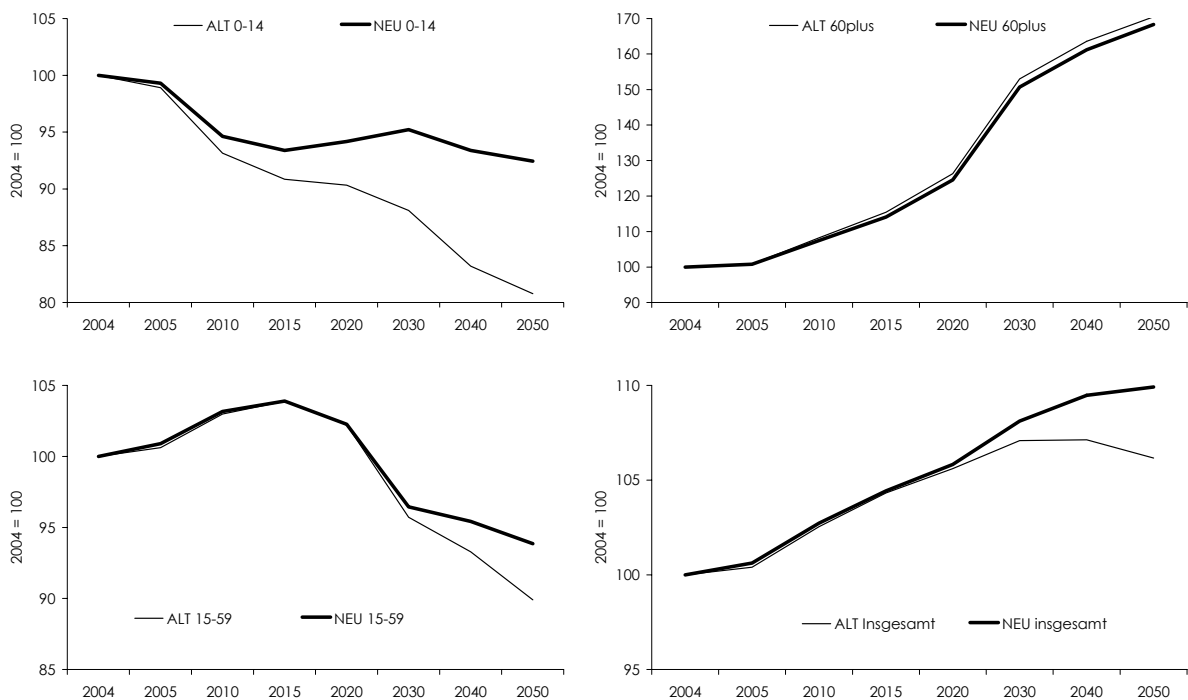
(1) Die große Überraschung: das Ausmaß des Anstiegs des Arbeitsangebot

Die neue Bevölkerungsprognose geht davon aus, dass das Arbeitsangebot noch bis 2014 steigen wird und zwar zunächst sehr stark und dann flacher. Für 2005 und 2006 beträgt der Anstieg des Angebots (an Erwerbspersonen) 40.500 bzw. 36.500⁷ Dies kommt zu dem Anstieg seit 2000 von 85 500.

Die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 59 wird in den Jahren ab 2030 weit weniger stark abnehmen als bisher prognostiziert. Die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung (15-59 Jahre) wird sich vor allem durch Zuwanderung noch leicht erhöhen (bis 2014) und erst langfristig wieder zurückgehen. Ab 2020 werden deutlich mehr Personen ins Pensionsalter übertreten als Jugendliche bzw. Zuwanderer hinzukommen.

Die neuesten Prognosen gehen zusammenfassend davon aus, dass die Bevölkerung von heute 8,17 Mio. (2005) auf 9 Mio. im Jahr 2050 expandieren wird. Der Zuwachs wird durch Zuwanderung und durch einen leichten Anstieg der Fertilität zwischen 2010 und 2030 von 1,4 auf 1,5 Kinder/Frau. Frauen bekommen immer später ihre Kinder, damit dürfte zumindest ein Teil der bisher aufgeschobenen Geburten in Zukunft noch „nachgeholt“ werden.

Abbildung 7: Bevölkerungsprognose 2004 bis 2050



Q: WIFO-Berechnungen, ST.AT.

⁷ Der Anstieg der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15-64 Jahren betrug 2005 bzw. 2006 12.700 bzw. 9.000; von 15-59 Jahren 40.500 bzw. 36.500. Der Gesamtanstieg laut Bevölkerungsprognose 2005 bis 2015 beträgt 151.000 Personen (15-59).

Österreich wird für EU-15-Ausländer attraktiver, ihr dauerhafter Aufenthalt in Österreich ist jedoch fraglich; Arbeitskräfte aus der EU zeichnen sich durch einen zeitlich befristeten Aufenthalt in Österreich aus, während Personen aus den traditionellen Gastarbeiterregionen sich oft dauerhaft in Österreich niederlassen.

Übersicht 3: Bevölkerungsprognose 2004 bis 2050

	ALT				NEU (Hauptvariante)			
	0-14	15-59	60+	Gesamt	0-14	15-59	60+	Gesamt
2004	1,314,206	5,010,395	1,785,285	8,109,886	1,325,997	5,059,720	1,789,016	8,174,733
2005	1,300,000	5,041,707	1,800,924	8,142,631	1,316,803	5,105,440	1,803,366	8,225,609
2010	1,224,148	5,159,803	1,932,080	8,316,031	1,254,769	5,219,908	1,922,579	8,397,256
2015	1,193,985	5,205,117	2,061,017	8,460,119	1,238,358	5,256,839	2,041,409	8,536,606
2020	1,187,253	5,122,303	2,255,314	8,564,870	1,248,694	5,174,547	2,227,754	8,650,995
2030	1,158,038	4,795,932	2,731,240	8,685,210	1,262,656	4,880,101	2,695,642	8,838,399
2040	1,093,432	4,673,999	2,920,895	8,688,326	1,238,435	4,827,905	2,883,188	8,949,528
2050	1,061,599	4,504,696	3,043,658	8,609,953	1,225,754	4,749,122	3,011,157	8,986,033

Q: WIFO-Berechnungen, ST.AT.

Keine Entwarnung gibt es bei der langfristigen Prognose der Überalterung, sie wird etwas hinausgeschoben, bleibt aber als Charakteristik Europas und Österreichs erhalten. Die Zahl der Bevölkerung 75+ steigt bis 2050 auf 1,44 Mio. (+132% gegenüber 2004). Das Durchschnittsalter nimmt um 6,1 Jahre zu.

Die Konsequenz dieser neuen Trends sind die folgenden:

- Das Arbeitsangebot (15-59 Jahre) steigt bis 2014, der anschließend einsetzende Rückgang wird ab 2030 jedoch geringer ausfallen als ursprünglich angenommen.
- Die Notwendigkeit der Strategie die Wachstumsrate zu erhöhen – für Österreich und die Nachbarländer zur Entlastung des österreichischen Arbeitsmarktes steigt weiter.
- Die Notwendigkeit der Weiterbildung wird noch größer. Die neuen Arbeitskräfte sind zwar bei ihrem Eintritt in den Arbeitsmarkt relativ gut qualifiziert. Wenn sie aber später von der nächsten Generation verdrängt werden oder älter werden, genügen die bisherigen Qualifikationen nicht. Die Halbwertszeit der Verwertbarkeit der Erstausbildung sinkt infolge fortschreitender Technisierung und technologischen Wandels.
- Ein erheblicher Teil des steigenden Angebots (und auch der inländischen Komponente des Anstiegs) hat einen Migrationsbackground. Wenn die Qualität der Arbeitskräfte für die Konkurrenzfähigkeit eines Standortes entscheidend ist, dann muss auch die dynamische Komponente der Migranten Zugang zur Höherqualifikation und Weiterbildung haben.
- Die starke Zunahme der Bevölkerung 75+ stellt das Gesundheitssystem vor eine neue Herausforderung.

(2) Bund/Länder/Region/EU: Kompetenzkonflikte beenden

Die Probleme und die Chancen von Regionen sind unterschiedlich, selbst innerhalb von Österreich. Die Bezahlung von Landeslehrern nach Bevölkerungsschlüssel durch den Bund ist

ungenügend, da es am Land das Problem gibt, die Qualifikationsreserven der ländlichen Bevölkerung zu wecken und das Geschlechterbild radikal zu verändern, in der Stadt die Priorität aber besteht, die sprachlichen Barrieren von Migranten und psychologische Barrieren zur Weiterbildung für Migranten 2. Generation zu beseitigen.

Der Bund kann und soll Forschung fördern, aber die Verbindung zwischen Wirtschaft und Forschung und Fachhochschulen und AHS ist je nach Region verschieden. Nachbesserungen auf Landesebene im Forschungsbereich sind heute so wichtig wie es Landes- und Ortsstraßen, Strom-, Gas- und Wasserrohre vor zwanzig Jahren waren (letztere sind heute noch wichtig, bestimmen aber nicht die Exzellenz eines Industriestandortes).

(3) Exzellenzuniversität und Hochschulbudgets

Die Universitäten wurden in den letzten Jahren (teilweise Jahrzehnten) mehreren und zuletzt einer sehr couragierten Reform und Restrukturierung unterzogen. Wahrscheinlich sind sie jetzt für die Zukunft besser aufgestellt, die Ausbildungsprofile sind besser definiert, die Eigenverantwortung betont, moderne Managementmethoden finden langsam den Eingang, Barrieren zur Wirtschaft sind gelockert, Karrieren sind strenger abgezeichnet, Reserven aufgestöbert. Nicht alles ist gelungen und optimal gelaufen, aber per saldo neigt sich die Bilanz zum Positiven. Aber jetzt brauchen sie mehr Geld. Nicht nur zur Bilanzierung, sondern auch für die Ausführung von Aktivstrategien. Es ist sicher auch gut, wenn Österreich eine Exzellenzuniversität errichten kann, und es ist sicher auch gut, wenn die Zahl der Privatuniversitäten steigt, aber die zentralen Universitäten brauchen mehr Geld, wenn sie die erwünschte Ausweitung der Studentenzahlen bewältigen sollen, wenn sie Exzellenz in der Forschung bieten sollen und wenn sie Knowledge zur Unterstützung des Wirtschaftsstandortes bieten sollen. Ein Finanzierungsplan für die Universitäten bis 2010 wäre zu erstellen, in dem die Exzellenzuniversitäten, der normale Studienbetrieb, die Schwerpunktsetzung in der Forschung, die Förderung von Exzellenzzentren an den bisherigen Universitäten und die Finanzierung der außeruniversitären Forschungsinstitute Platz haben. Der Plan kann und soll private Mittel, Stiftungen, Länder und Gemeindemittel enthalten.

(4) Polytechnikum

Das Sandwichjahr zwischen Hauptschule und Berufseinstieg ist ein ungeliebtes Kind früherer Bildungsreformen, es ist für Jugendliche in einer schwierigen Phase heute ein „Ärgernis“ und wird als Zeitverschwendung gesehen. Dabei wäre es das wichtigste Jahr für die Berufsvorbereitung: In diesem Jahr kann der letzte Schliff an die Ausbildung gelegt werden, Lücken können beseitigt werden, der Berufseinstieg kann geprobt, simuliert und optimiert werden, Weiterbildungspfade können gestartet werden. Der Einstieg in den richtigen Beruf, ein(e) optimaler Lehrherr(In), Geschick bei Vorstellung und Bewerbung kann das Lebens Einkommen entscheidend bestimmen, ebenso determiniert der erste Berufsschritt die Wahrscheinlichkeit der späteren Arbeitslosigkeit. Wahrscheinlich wären im polytechnischen Jahr Experimente, Modul- und Kurssysteme besonders wichtig.

(5) Weiterbildung als Gemeindeaufgabe

Weiterbildung ist heute Bundeskompetenz. Eine Vielzahl von privaten und sozialpartnerschaftlichen Institutionen hat sich entwickelt. Die Landschaft ist nicht immer

überschaubar, Ausbildungsinhalte werden teilweise doppelt angeboten, teilweise fehlen Angebote. Sie bauen nicht aufeinander auf, Erfolge sind nicht immer messbar und schlagen sich auch nicht immer in höheren Löhnen nieder. Modularisierung, Zertifizierung und Internationalisierung sind daher nötig.

Auf der anderen Seite hat Weiterbildung auch eine dezentrale Komponente. Die Motivation und der Erstanstoß könnten auch von unten kommen. Ähnlich wie beim Straßenbau, wo auch dezentral der Bedarf festgestellt und dann um Landes- oder Bundesgelder geworben wird, sollte jede Gemeinde ein Profil der tatsächlichen Ausbildung und der gewünschten, potentiellen Ausbildung erstellen und dann versuchen, einen Teil der Differenz zwischen derzeitigen und gewünschten Qualifikationen regional zu schließen. In einigen Gemeinden wird es die ungleiche Nutzung des Potentials der weiblichen Bevölkerung sein (traditionelle Ausbildungsmuster z.B. in Agrargemeinden), in anderen die Qualifikationslücke bei Lehrlingen, in der dritten die Weiterbildung in technischen, modernen, informationstechnologischen, sprachlichen Richtungen. Auf der anderen Seite gibt es heute durch Frühpensionierungen, fehlende Jobangebote für qualifizierte Angestellte nach Kündigung oder Absiedelung der Firma, durch Personen mit Teilausstieg aus der Erwerbstätigkeit ein Potential an Ausbildnern und Motivatoren, das nicht genutzt wird. Räumlichkeiten in Schulen, Postämtern, Gemeindeämtern, Gasthöfen können zu Internetcafes und Ausbildungseinrichtungen umgewidmet werden. Dezentrale Weiterbildungszentren können nicht die bestehenden Weiterbildungseinrichtungen ersetzen, aber eine wertvolle Ergänzung bringen und Weiterbildungsgedanken breiter in der Bevölkerung verankern.

(6) Lehrlinge im Dienstleistungssektor

Die Ausbildung von Lehrlingen gehört zu den Stärken der österreichischen Wirtschaft. Ein erheblicher Teil wird in Industrie- und Gewerbebetrieben und hier wieder in eher traditionellen Berufen und reifen Wirtschaftszweigen ausgeführt. Auch im Dienstleistungssektor dominieren traditionelle Lehrlingsangebote im Bereich persönlicher Dienstleistungen. Im Bereich der modernen, produktionsnahen Dienstleistungen, in den stark wachsenden Informations- und Softwarebetrieben sind Lehrlinge die Ausnahme. Dieses Potential sollte gehoben werden, bedarf aber neuer Lehrberufe (diese sind schon konzipiert), komplementärer ausserbetrieblicher oder kooperativer Ausbildung und der breiten Durchsetzung (angebots- und nachfrageseitig).

(7) Expertenentwürfe für optimale Steuerstruktur für globalisierte Wirtschaft

Es ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, eine Steuerreform politisch zu diskutieren. Die letzte Reform ist gerade in Kraft getreten und die Wirkungen noch nicht voll analysiert. Der erste finanzielle Spielraum im Budget, der sich ergibt, muss für eine Wachstumsstrategie genutzt werden, da die erwünschten Mittel für Innovation, Ausbildung, Weiterbildung und Infrastruktur nicht voll aus dem privaten Sektor kommen können. Der Spielraum für eine Steuerreform, die auch eine Steuersenkung bringt, muss erst durch eine Verwaltungsreform erarbeitet werden.

Dennoch ist es günstig, gerade in einer Zeit, in der kein Umsetzungsdruck besteht, die optimalen Strukturen in Expertenkreisen zu diskutieren. Die Entlastung des Faktors Arbeit - und insbesondere der niedriger Einkommen - von Sozialabgaben ist wahrscheinlich die

vordringlichste Aufgabe. Nur so kann die Arbeitslosigkeit bei den weniger qualifizierten Jobs gesenkt werden, ohne die Ungleichheit der Einkommen zu erhöhen. Eine konsequente, langfristige Strategie der Besteuerung von Energie, Verkehr, Umweltbelastung erhöht den Spielraum für eine Verringerung der Lohnnebenkosten. Der Beitrag der hohen Einkommen und Vermögen zur Finanzierung des Sozial- und Gesundheitssystems soll emotionslos diskutiert werden, ebenso wie die technische Möglichkeit der Besteuerung von Finanztransaktionen. Der Beitrag von Privatisierungseinnahmen soll ohne Privatisierungshast aber auch ohne Privatisierungsangst überprüft werden. Unter Zeitdruck und ohne auf Dauer haltbare Gesamtkonzeption und ohne Berücksichtigung des internationalen Kontexts verringern sich die Gestaltungsoptionen. Und das Steuersystem mit seiner Umverteilung von 2/5 aller finanziellen Mittel einer Volkswirtschaft ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor für ein reiches Land.

(8) Genderprobleme: Die verbleibende Ungleichheit der Löhne, Erwerbsbeteiligung, Funktionen der Geschlechter in Österreich ist angesichts des Reichtums des Landes und seiner internationalen Position ein Ärgernis und ein Verlust für die Wettbewerbskraft des Landes. Es ist auch zu befürchten, dass sich die Position der Frauen in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit, steigender Teilzeitarbeit, verringerter Betriebszugehörigkeit, stärkerer Internationalisierung der Berufskarrieren nicht automatisch verändert. Über die hohe und zum Teil vergleichsweise höheren Berufsqualifikationen entsteht zwar ein Trend zu einer größeren Gleichheit, er müsste aber durch das Recht auf Kinderbetreuungseinrichtungen und die Praxis von Berufsunterbrechungen von Männern gestärkt werden. Vom Gerechtigkeitsstandpunkt wie auch vom Effizienzstandpunkt besteht in der Genderproblematik ein großer Handlungsbedarf (typisch für das kontinentale europäische Sozialmodell).

(9) Experimentierbereitschaft: Für viele Probleme gibt es keine Patentrezepte. Ein Beispiel ist die Notwendigkeit für Pflege- und Gesundheitsleistungen den Bedarf zu decken, der derzeit auf Grund der hohen Lohnnebenkosten nicht legal und nicht durch Inländer gedeckt wird. Eine weitere Frage ist es, wie man generell den Wiedereinstieg von entmutigten Arbeitskräften forcieren kann. Viele Modelle sind fehlgeschlagen, weil sie entweder zu teuer oder wirkungslos waren. Die Gefahr, die tariflichen Mindestlöhne zu unterschreiten und ein dauerhaftes Niedriglohnsegment zu öffnen, ist nicht von der Hand zu weisen. Regionale Experimente unter wissenschaftlicher Kontrolle sind möglich und nötig.

(10) Forcierung von Umweltzielen ist Teil der Wachstumspolitik

Das Plädoyer für mehr Wachstum darf nicht als Verringerung des Stellenwertes des Umweltzieles interpretiert werden. Der größte Teil des Wachstums in einem Hochlohnland erfolgt durch Qualitätssteigerung und durch mehr und höherwertige Dienstleistungen, für den Rest können Rahmenbedingungen die ökologische Vertretbarkeit steigern. Ein genereller Gegensatz zwischen Wachstum und Umwelt war in der ersten Phase der Umweltdiskussion gesehen worden. Heute weiß man dass entgangene Umweltinvestitionen zu höheren Kosten nachgeholt werden müssen. Zusätzlich weiß man, dass eine nationale Vorreiterschaft bei Umweltzielen auch einen Wachstumsschub bedeuten kann. Das führende Land in der Umwelttechnologie kann seine Position durch First Mover Advantages und Referenzprojekte stärken. Österreich ist bei Umwelttechnologie stark vertreten, diese Technologie passt auch

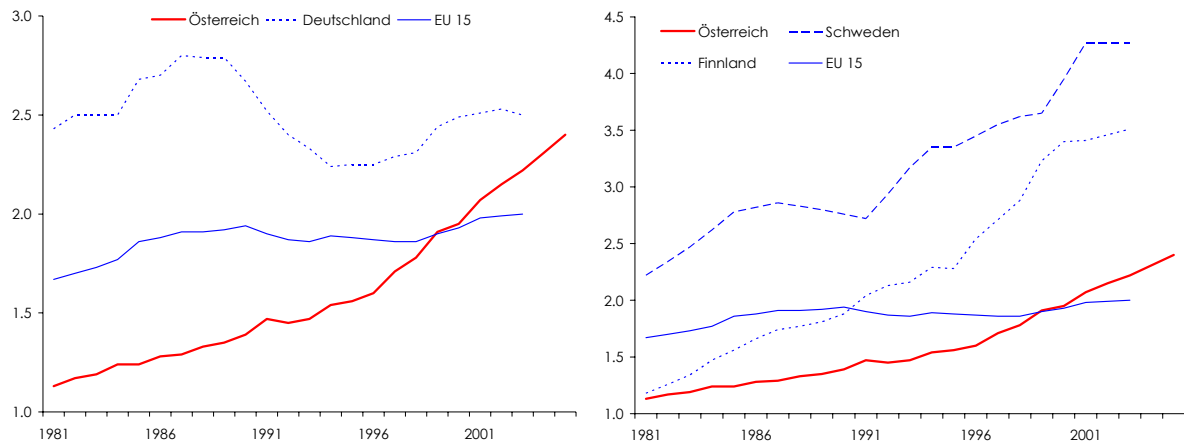
zum Image Österreichs in Kultur, Tourismus und Problemlösungskapazität. Es kann ein wertvoller Ansatzpunkt zur Vermarktung Österreichs als Technologieland sein. Diese genannten Punkte betreffen teils kleine, teils größere Bereiche. Sie sollen jene sieben Strategien ergänzen und illustrieren, die als zentral für eine Wachstumsstrategie erkannt wurden.

10. Zwischen skandinavischem Vorbild und deutscher Reformblockade

Vergleicht man das österreichische Wirtschafts- und Sozialmodell mit jenem anderer europäischer Länder so liegt es zwischen dem kontinentaleuropäischen und dem skandinavischen Modell des Wohlfahrtsstaates, das erste vielleicht von Deutschland und Frankreich geprägt, das zweite von Schweden und Dänemark. Angesichts des unterschiedlichen Erfolges der Ländergruppen, ist es wichtig welches Modell in Österreich angestrebt wird.

Am skandinavischen Modell (oft „flexibler Kapitalismus“ genannt) besticht, die Fähigkeit letztlich nach vielen Krisen, die Kombination aus notwendigen Reformen, langfristiger Absicherung und technologischer Exzellenz zu suchen, die notwendig ist, in einer turbulenten Weltkonjunktur zu bestehen. Am deutschen Modell (oft Rheinländisches Modell) bedrücken die Reformblockaden zwischen Regierung und Opposition, die Abfolge der Maßnahmen, die Häufigkeit von Kurswechseln, das Fehlen einer langfristigen Strategie. Die Technologielücke und die Ineffizienz im Ausbildungssystem wurden Ende der achtziger Jahre geortet, aber in den neunziger Jahren von Problemen der deutschen Einigung verdrängt. Die Bauwirtschaft wurde in den neunziger Jahren zur profitabelsten Sparte gefördert, der Aufbau oder Erhalt von Produktionsbetrieben wurde vergessen, die Dienstleistungslücke nicht geschlossen. Budgetdefizite ergeben sich ohne geplant zu werden, eine Steuerreform ergab eine Nettosteuerzahlung des Staates an die Firmen. Der Arbeitsmarkt wurde reformiert, nachdem sich angebotsseitige und budgetpolitische Maßnahmen erschöpft hatten und die defensive Wirkung überwiegen musste (ohne dass ein Weiser das erkante). Ein Euro Jobs und Mindestlöhne für Ausländer sind kein Widerspruch. Die Kombination einer Steuerreform, die den Standort Deutschland attraktiver machen soll, mit der Beschimpfung von Investoren, war dann der letzte Schritt.

Abbildung 8a: F&E-Ausgaben in % des BIP



Q: OECD (MSTI).

Österreich hat einige Elemente des skandinavischen Modells erkannt: die radikale Veränderung der Umwelt durch Ostöffnung und EU-Erweiterung wurde zur Kenntnis genommen und spiegelte sich in der günstigen Behandlung der Unternehmer wieder (KÖST-Senkung, Gruppenbesteuerung, nicht entnommene Gewinne), die Notwendigkeit in Forschung zu investieren wird gesehen, die Umstellung des Ausbildungssystems wurde begonnen (Fachhochschulen, Universitätsreform). Den Anreizwirkungen am Arbeitsmarkt wird Aufmerksamkeit geschenkt (Mobilitätsanforderungen erhöht, Wiedereingliederungsbeihilfen). Andererseits liegt der österreichischen Wirtschaftspolitik traditionell keine umfassende Strategie zugrunde. Es gibt weder eine langfristige, dokumentierte Strategie für den Wirtschaftsstandort Österreich 2020, auch keine langfristigen „Weißbücher“ für einzelne Teilbereiche der Politik vor (Weiterbildung, Industriepolitik, Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik, Steuerpolitik etc.). Reformen erfolgen eher bruchstückhaft und anlassbezogen. Es gibt auch heute keinen Konsens zwischen Experten, Regierung und Vertretern der Sozialpartner, der über die Parteigrenzen und Legislaturperioden hinausgeht. Dieser wäre notwendig um den Konsumenten und Unternehmern das Vertrauen in Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik zu geben, das Wissen, dass alles geschieht um die neuen Chancen aus der neuen wirtschaftlichen und geopolitischen Situation zu nützen, und den Verlierern des Veränderungsprozesses neue Möglichkeiten aufzuzeigen.

11. Zusammenfassung

(1) Österreich hat nicht nur den Rückstand im Pro-Kopf-Einkommen (von ca. 20 % gegen Deutschland und Westeuropa in den sechziger Jahren) aufgeholt, sondern auch einen etwa 10 % Vorsprung gegen den Durchschnitt der EU 15 herausgearbeitet. Heute ist die Frage, ob dieser Vorsprung angesichts der neuen europa- und weltweiten Konkurrenz gehalten oder sogar ausgebaut werden kann.

(2) Die bisherigen Stärken in der Kostenposition und Qualifikation und als Standort von Filialbetrieben sind teils nicht mehr gegeben, teils nicht im selben Ausmaß für ein Hocheinkommensland wichtig wie für den Aufholprozess. Die Faktoren, die die

Wettbewerbskraft in der globalisierten Wissensgesellschaft einer hoch entwickelten Ökonomie bestimmen, sind in Österreich erst im Entstehen. Das Tempo des Erwerbes der neuen Stärken ist angesichts der raschen Veränderungen und der Neupositionierung von Standorten ein wichtiger Faktor.

(3) Die Entwicklung des Arbeitsmarktes mit dem teils dramatisch steigenden Wachstum des Arbeitsangebotes bis zumindest 2014 lässt keine andere Wahl zu, als das Wachstumstempo zu erhöhen. Das derzeitige Wachstumstempo von 1,5 % in den letzten fünf Jahren und 2,3 % in der mittelfristigen Vorschau sind nicht ausreichend, um die Arbeitslosigkeit auch nur auf ihrem jetzigen, gestiegenen Niveau zu halten.

(4) Während der Hauptbeitrag zur Beschäftigungssteigerung vom Wachstum kommen muss, kann ein wertvoller Zusatzeffekt (sekundäre Strategie) von der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und dem besseren Zusammenwirken von angebotenen und nachgefragten Qualifikationen kommen. Der Beitrag von intelligenten Strategien der Angebotsreduktion (Perioden der Weiterbildung, freiwillige Teilzeit in bestimmten Lebensphasen) kann unterstützend sein, ist aber quantitativ von geringerer Bedeutung. Das Produktivitätswachstum ist in Österreich durch die Wahl eines relativ arbeitsintensiveren Wachstumspfades ohnehin schon niedriger als in der Vergangenheit.

(5) Eine wesentliche Unterstützung für eine österreichische Wachstumsstrategie könnte von einer Forcierung des Wirtschaftswachstums in den Nachbarländern und in der EU insgesamt kommen. Ein rascher und effizienter Ausbau der europäischen Infrastruktur und die Forcierung der Lissabonstrategie in allen Mitgliedsländern wäre sehr hilfreich. Es besteht auch Hoffnung, dass die EU nach einer stärker restriktiven Phase (u.a. zur Einführung der Währung und der Beseitigung extremer Budgetdefizite) auf eine wachstumsfreundlichere makroökonomische Steuerung einschwenken wird. Initiativen zur Verbesserung der Qualität der Staatsausgaben auf europäischer Ebene sind auch in Österreich zu forcieren. Der Reifegrad der großen neuen Technologien (Informationstechnologie und Biotechnologie haben ihre „Startphase“ hinter sich) könnten zu einem heute unterschätzten Wettbewerbsvorteil Europas werden, da Europas Stärke in der schrittweisen Innovation liegt. Ebenso könnte die Umwelttechnologie zu einer europäischen Stärke ausgebaut werden.

(6) Ob es zu einer Unterstützung des österreichischen Wachstumspfades durch die europäische Politik kommt, ist nicht sicher. Der Gipfel in Luxemburg hat die Weichen im Prinzip in die richtige Richtung gestellt (Berücksichtigung unterschiedlicher Möglichkeiten in der Expansionsstrategie, Stärkung der nationalen Verantwortung in der Lissabonstrategie). Ein paar Monate nach dem Gipfel von Luxemburg ist es nicht klar, ob diese Prioritäten eingehalten werden. Die Nationalen Lissabonpläne werden zeigen, ob die Mitgliedsländer die ambitionierten Ziele nun zu eigenen Strategielinien gemacht haben.

(7) Die Kritik, dass Europa wegen seiner hohen Löhne, anspruchsvoller Sozialleistungen und aufwendiger Umweltgesetzgebung prinzipiell nicht wettbewerbsfähig ist, greift zu kurz. Langfristig wächst Europa etwa gleich rasch wie die USA, die Produktivität ist sogar bis Anfang der neunziger Jahre rascher gewachsen. In den letzten 10 bis 15 Jahren ist Europa in der Dynamik von Produktion, Produktivität und Beschäftigung zurückgefallen (bei der letzteren

am wenigsten, da Europa um die Arbeitslosigkeit zu senken einen relativ arbeitsintensiven Wachstumspfad gewählt hat). Die Gruppe mit der relativ besten Gesamtperformance (gemessen an einer breiteren Zielpalette) sind die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten. Der wirtschaftliche Erfolg dieser Länder beruht auf drei Säulen. Die erste ist privates und öffentliches Kostenbewusstsein. Zweitens wurden die ökonomischen Anreize besonders am Arbeitsmarkt wachstumsfreundlich gesetzt: temporäre Arbeitsverhältnisse sind frei gestaltbar, aber mit einem Minimum an Sozialleistungen verbunden. Das Arbeitslosenentgelt ist relativ hoch, die Regeln für den Bezug sind streng („fördern und fordern“). Die Zuversicht einen Arbeitsplatz zu gewinnen, wenn der alte verloren geht, ist – nicht zuletzt durch qualitativ hohes Betreuungs- und Schulungsangebot - groß, Flexibilität für die Firmen wird kombiniert mit Sicherheit für den Arbeitnehmer ("Flexicurity"). Drittens wurden die Zukunftsfaktoren forciert: für Forschung, Ausbildung und neue Technologien werden – wie in den USA – 50 % mehr ausgegeben als im europäischen Durchschnitt. Die Lissabonziele sind in diesen Ländern schon 2005 weitgehend erfüllt, nicht als Pflichtübung für Brüssel, sondern damit der Wohlfahrtsstaat finanzierbar bleibt und in die Umwelt investiert werden kann.

Neben den skandinavischen Ländern wachsen auch die peripheren Länder im Süden und Irland stark, sowie die Erweiterungsländer. Großbritannien ist ein Sonderfall nach zweimaligem Kurswechsel, als Zentrum für Finanzdienstleistungen und Unternehmenszentralen und einer gewissen Adaption des liberalen Modells (z.B. den Steuergutschriften für Bezieher niedriger Löhne).

(8) Österreich befindet sich an der Wegkreuzung zwischen alten Strukturen und neuen Anforderungen. Die neuen Anforderungen werden in der Lissabon-Strategie vorgezeigt, teilweise definieren sie sich aus der zentralen Lage Österreichs bei gleichzeitig starkem Lohngefälle gegenüber den Erweiterungsländern und dem nachfolgenden Ring von neuen Wettbewerbern. Für die Wachstumsstrategie hat das WIFO sieben Strategielinien vorgezeichnet. Forschung, Ausbildung, Weiterbildung, Infrastruktur, Arbeitsmarktreformen, Betriebsgründungen und Umwelttechnologie. Die ersten vier Strategien forcieren die Wettbewerbsfaktoren, die darüber entscheiden werden, ob Österreich in der neuen Situation seine exzellente Einkommensposition halten und ausbauen kann. Alle Strategieelemente zusammen sollten es möglich machen, den Wachstumspfad Österreichs zu heben. Die Schwierigkeit der Aufgabe der Wirtschaftspolitik liegt allerdings darin, dass man alles längere Zeit richtig machen muss, und dass die Wirtschaftspolitik auch verstanden und kommuniziert sein muss, wenn es gelingen soll, den Wachstumspfad auch nur um ein paar Zehntelprozente zu heben. Der Budgetspielraum Österreichs ist größer als in anderen Ländern, aber dennoch angesichts des mittelfristigen Konsolidierungszieles beschränkt.

(9) Die Lage Österreichs in der Mitte des europäischen Wirtschaftsraumes sowie seine Nähe zu den dynamischen Wirtschaften der Erweiterungsländer, die Nähe zum erwachenden Wirtschaftsraum des Balkans und zur Dynamik des Rings von aufstrebenden Ökonomien (Türkei etc.) bietet extreme Chancen, aber auch extreme Spannungen: in einer Entfernung von 500 km sind die Einkommen in vielen westlichen Regionen höher als in Österreich, in den östlichen Regionen in gleicher Entfernung liegen sie aber bei einem Viertel des österreichischen Niveaus (ca. 7.000€ pro Kopf verglichen mit 28.000€ in Österreich). Die

Position in der Mitte bietet Chancen für Unternehmenszentralen, Forschungseinrichtungen, anspruchsvolle Dienstleistungen und Kompetenzzentren. Die Exzellenz Österreichs in manchen dieser Bereiche ist noch nicht dokumentiert und könnte wirtschaftspolitisch noch stärker unterstützt werden. Da aber neben Wien auch Bratislava, Prag, Győr und Budapest als Zentren des wachsenden Wirtschaftsraumes gewählt werden können, sind rasche und energische Anstrengungen nötig.

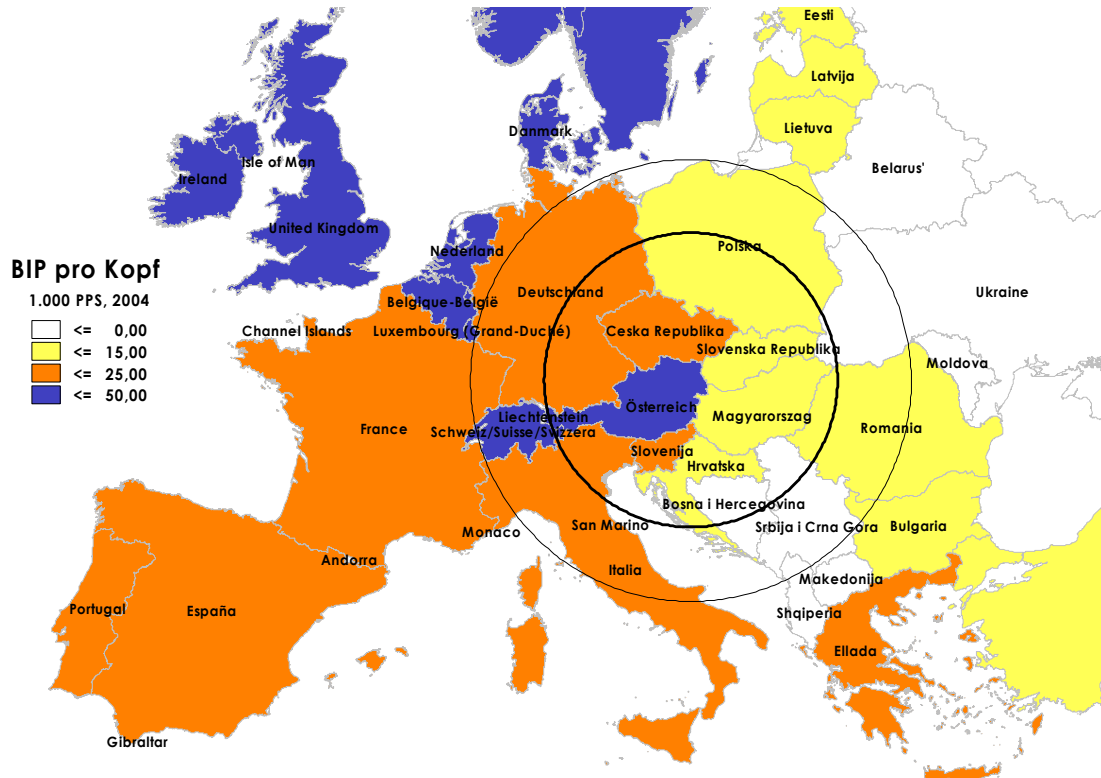
(10) Der Wirtschaftsstandort Europa ist potentiell gefährdet

Spricht man heute mit Managern multinationaler Firmen über ihre langfristigen Entscheidungen, so sind sie sich darin einig, Standorte außerhalb Europas zumindest in die Planung einzubeziehen. Die drei Möglichkeiten sind: (i) Kapazitäten aus Europa abzuziehen, (ii) vorhandene zu behalten, aber neue nicht mehr in Europa zu bauen, (iii) die Entscheidungen je nach Produkt und Unternehmensfunktion unterschiedlich zu treffen. Allerdings gibt es auch im rationalen Geschäft des Managements – oder gerade im superrationalen Geschäft der langfristigen Unternehmensplanung – Modeerscheinungen, Übertreibungen und falsche lineare Extrapolationen. Wir wissen, dass die asiatischen Länder schon in den sechziger Jahren als Bedrohung gesehen wurden – aber auch als Chance begriffen wurden, Gewinne zu stabilisieren (siehe Imperialismus-Hypothese). Wir wissen, dass an allen führenden Managementschulen im Jahre 1990 gelehrt wurden, was die Japaner besser machen und wann sie die USA überholen werden (und a fortiori Europa weit hinter sich lassen). Und man muss die Dynamik der neuen Wettbewerber auch als Nachfrageschub sehen. Die gleichen Länder, die heute die stärksten Steigerungen der Exporte haben, führen auch in der Importbilanz. Aber der Trend bleibt bestehen: Technologien verbreitern sich rascher als Lohn- und Sozialniveaus sich angleichen, und Österreich muss damit leben, dass für jedes Standardprodukt ein Land in der Nähe das günstigere Lohn- und Produktivitätsverhältnis anbietet. Heute sind es Tschechien, Westungarn, Slowakei, morgen Ost-Ungarn, Rumänien, Bulgarien, übermorgen die Türkei, Weißrussland, Ukraine, Kasachstan, der Nahe Osten oder der Norden Afrikas.

(11) Die mittelfristigen Chancen auf Grund der Veränderungen in der wirtschaftlichen Landschaft sind für Österreich weit größer als die Risiken. Aber mikroökonomischer Wandel benötigt makroökonomische Stabilität und die Forcierung der Wettbewerbsfaktoren, die für ein Hochlohnland bestimmend sind. Europa könnte wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren, weil einige Vorleistungen (Euro, Binnenmarkt, Erweiterung) erbracht sind und der Wachstumsstrategie eine größere Priorität beigemessen wird. Die Wettbewerbslage Österreichs ist günstig, sowohl kostenmäßig wie auch geografisch. Wir müssen noch breiter in die Zukunft investieren. Eine Wachstumsstrategie muss schrittweise umgesetzt werden, und darf weder durch Wahlkampf noch durch EU-Präsidentschaft zum Stillstand kommen. Ein österreichisches Modell einer Marktwirtschaft mit drei Eigenschaften ist denkbar und gestaltbar: sie muss effizient, sozial und ökologisch sein. Und wenn dies nach langfristigen Konzepten stattfindet, werden auch mehr Reformen nicht zu mehr Unsicherheit führen, sondern akzeptiert werden als notwendige Veränderung in einer unsicheren Umgebung, die aber durch die Wirtschaftspolitik stabiler und erfreulicher gestaltet wird als es Marktkräfte allein zulassen.

(12) Der Reformbedarf in den skandinavischen Ländern (und auch in Großbritannien und letztlich auch in Deutschland) wurde erst nach erheblichen Wirtschaftskrisen und dem Verlust der Konkurrenzfähigkeit erkannt. Es wäre zu wünschen, dass Österreich fähig ist, aus den Problemen der anderen Länder zu lernen und nicht selbst eine Krise durchmachen zu müssen, bevor die Größe des Reformbedarfs erkannt wird. Reformpolitik ist allerdings ein Managementproblem. Reformen müssen klare Zielsetzungen und eine positive Vision haben. Sie dürfen nicht immer als Kürzung von Rechten und Zahlungen verstanden werden, sondern als erweiterte Optionen, zusätzliche Chancen und letztlich mehr Sicherheit statt weniger. Reformen müssen nach einer mittelfristigen Strategie erfolgen und nicht in Einzelmaßnahmen bestehen. Eine Unterstützung durch Experten und ein Konsens über Interessenspositionen und Parteigrenzen sind sinnvoll. Dann werden Reformen als Chance gesehen, und Globalisierung bedeutet für ein reiches Land nicht die Teilnahme an einem „Abwertungswettlauf mit Billiglohnländern“ sondern eine „Vorwärtsstrategie in die Wissensgesellschaft“. Ziel einer aktiven Strategie ist es, für Österreich ein günstigstes „Preis-Leistungsverhältnis“ zu erreichen, wobei die Strategie in einem reichen Land an einer Verbesserung der „Leistungskomponente“ ansetzen muss.

Abbildung: BIP pro Kopf in KKP



500 km westlich: 31.000€

Österreich: 28.000€

500 km östlich: 7.000€

Q: Eurostat (AMECO), CIA, The World Factbook 2005.

Literatur

- Aiginger, K. (2005A), Strategien zur Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung in Österreich, Unterlage für den Reformdialog „Wachstum und Arbeit“ am 1. Mai 2005.
- Aiginger, K. (2005B), Wohin steuert das österreichische Wirtschafts- und Sozialmodell? Referat vor dem Club der Wirtschaftspublizisten in Wien, 18. Mai 2005, WIFO-Vorträge No 95, 2005.
- Aiginger, K. (2005C), „Towards a New European Model of the Reformed Welfare State: An Alternative to the United States Model“, Economic Survey of Europe, United Nations, New York and Geneva, No. 1, 2005.
- Aiginger, K. (2005D), Labour market reforms and economic growth – the European experience in the nineties, forthcoming in Journal of Economic Studies, 2005
- Aiginger, K. (2005E), Towards a renewed industrial policy in Europe, with contributions of Alcouffe, A., Alcouffe, C., Boeheim, M., Handler, H., Ketels, C., Palmberg, Ch., and Török, A., Prepared as Chapter 1 for the Background Report of the Competitiveness of European Manufacturing 2005, European Commission, DG Enterprise, Project Lead Leo, H., 2005.
- Aiginger, K. (2004A), The Economic Agenda: A View from Europe, in Economic Agenda of the 21st Century, Special Issue: Review of International Economics, Vol. 12(2), 2004, pp. 187-206.
- Aiginger, K. (2004B), "The three tier strategy followed by successful European countries in the 1990s", International Review of Applied Economics, Vol. 18(4), 2004, pp. 399-422.
- Aiginger, K. (2004C), The Importance of Labour Market Reforms for Economic Growth, 2004.
- Aiginger, K., The New European Model of the Reformed Welfare State, European Forum Working Paper 2/2002, Stanford University, 2002.
- Aiginger, K., Europe's Position in Quality Competition, Background Report for Competitiveness Report 2000, European Commission, DG Enterprise, Brussels, 2000.
- Aiginger, K., Falk, M., Explaining Differences in Economic Growth among OECD Countries, EMPIRICA, Vol 32, No 1, 2005, pp. 19-43.
- Aiginger, K., Guger, A., The European Socio-Economic Model, Differences to the USA and Changes Over Time, 2005.
- Aiginger, K., Guger, A., Das europäische Gesellschaftsmodell, Studie des WIFO im Auftrag des BMWA, 2005.
- Aiginger, K., Landesmann, M., Competitiveness of the Wider Europe and its Impact on Transatlantic Relations, Paper prepared for the Berkeley Conference, September 2005.
- Alesina, A., Glaeser, E., Sacerdote, B., Why Doesn't US Have a European-Style Welfare State? NBER Working Paper No. w8524, October 2001.
- Alesina, A., Perotti, R., Tavares, J., The Political Economy of Fiscal Adjustments, Brookings Papers on Economic Activity, 1998, pp. 197-266.
- Baily, M.N, Kirkegaard, J.F., A Transformation of the European Economy, Institute for International Economics, Washington, September, 2004, http://bookstore.iie.com/merchant.mvc?Screen=PROD&Product_Code=353
- Blanchard, O., The Economic Future of Europe, Journal of Economic Perspectives, Vol.18(4), Fall 2004, pp. 3-26.
- Boeri, T., Does Europe Need a Harmonized Social Policy? Paper prepared for the conference on "Competition of Regions and Integration in EMU", 30th Volkswirtschaftliche Tagung der ÖNB, 13.-14.6.2002.
- Breuss, F., Die Zukunft der Lissabon Strategie, WIFO-Working Papers 244, 2005.
- Breuss, F., Comments on Boeri, T. 'Does Europe Need a Harmonized Social Policy?', at the conference on "Competition of Regions and Integration in EMU", 30th Volkswirtschaftliche Tagung der ÖNB, 13.-14.6.2002.
- Esping-Andersen, G., Three Worlds of Welfare Capitalism, Polity, Cambridge, 1990.
- Esping-Andersen, G., Social Foundations of Postindustrial Economies, Oxford University Press, Oxford, 1999
- Esping-Andersen, G., gem. mit Gallie, D., Hemerijck, A., Myles, J., Why We Need a New Welfare State, Oxford University Press, Oxford, 2002.
- Europäische Union, Vertrag über eine Verfassung für Europa, Amt für Statistische Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg, 2005.
- EU-Kommissionsdokument, The European social model, Manuskript, 14. Juli 2005.

- Fitoussi, J.-P., Kistoris Padoa Schioppa, F.K. (eds.), Report on the State of the European Union, Vol.1, Palgrave Macmillan, Houndsmills, 2005.
- Förster, Michael und Mira d'Ercole, Marco (2005): Income Distribution and Poverty in OECD Countries in the Second Half of the 1990s. OECD Social, Employment and Migration Working Papers 22, Paris, OECD, DELSA/ELSA/WD/SEM(2005)1.
- Gordon, R.J., Two Centuries of Economic Growth: Europe Chasing the American Frontier, Paper prepared for the Economic History Workshop, Northwestern University, October 2002.
- Gordon, R.J., Does the "New Economy" Measure up to the Great Inventions of the Past?, Journal of Economic Perspectives, vol. 14, No. 4, Fall 2000.
- Grahl, J., Teague, P., Is the European Model Fragmenting?, in: Pierson, C., Castels, F.G. (eds.), The Welfare State Reader, Polity Press, Cambridge, UK, 2000, S. 207-232.
- Guger, A., Die Effektivität wohlfahrtsstaatlicher Distributionspolitiken – Trends im internationalen Vergleich, in: Held, Martin, Kubon-Gilke, Gisela und Sturn, Richard (Hg.) (2006): Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik. Jahrbuch 5: Soziale Sicherung in Marktgesellschaften. Marburg: Metropolis (Vorankündigung)
- Guger A., Marterbauer M., Walterskirchen: Stagnation policy versus growth strategies. Paper presented at the conference in honor of Josef Steindl, Vienna 2003
- Handler, H., Böheim, M., Falk, M., Walterskirchen, E., Strukturreformen in Österreich aus der Sicht der Lissabon-Agenda, WIFO, 2004.
- Kaniovski, S., Walterskirchen, E., Flexibilisierung der Arbeitszeit, WIFO, 2004.
- Korpi, Walter und Palme, Joakim (1998): The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality and Poverty in the Western Countries, American Sociological Review 63 (February), S. 661-687; zitiert nach <http://www.lisproject.org/publications/LISwps/174.pdf>, S. 1-63.
- Leibfried, S., Towards a European Welfare State?, in: Pierson, C., Castels, F.G. (eds.), The Welfare State Reader, Polity Press, Cambridge, UK, 2000, S. 190-206.
- OECD, The OECD Growth Project, 2001.
- OECD, The New Economy: Beyond the Hype, Final Report on the OECD Growth Project, Paris, 2001.
- Pisani-Ferri, J., Only teamwork can put the eurozone on a steady course, Financial Times, August 31, 2005.
- Sapir, A., Aghion, Ph., Bertola, G., Hellwig, M., Pisani-Ferry, J., Rosati, D., Vinals, J., Wallace, H., An Agenda for a Growing Europe: Sapir Report, Oxford University Press: Oxford, 2004.
- Schulmeister, St., Die unterschiedliche Wachstumsdynamik in den USA und Deutschland in den Neunziger Jahren, WIFO Working Paper No. 134, 2000.
- Schulmeister, St., "Globalization without Global Money: The Double Role of the Dollar as National Currency and as World Currency", Journal of Post Keynesian Economics, 2000, 22(3).
- Tichy, G., Die 'Neue Unsicherheit' als Ursache der europäischen Wachstumsschwäche, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Bd. 6(3), 2005, S. 385-407.
- Tichy, G., „Die Unzufriedenheit der Bürger mit den Zielen der Wirtschaftspolitik, Zu den Erkenntnissen der ‚happiness-Forschung‘“, erscheint in Wirtschaft und Gesellschaft 30/4, 2004.
- Tichy, G., "Wirtschaftsverfassung als Wettbewerbsinstrument – Zum beginnenden Wirtschaftskrieg mit den USA", in Weinzierl, R.(Hg.), Hegemonie des American Way of Life oder europäischer Weg? Wien, Löcker, 2003, S. 15-50.
- Walterskirchen, E., Austria's Position in the International Quest for Structural Adjustment. The New EU Structural Indicators, WIFO-Quarterly 2/2004.

© 2005 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (43 1) 798 26 01-0 • Fax (43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: EUR 8,00 • Kostenloser Download:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25776